



Plenarprotokoll

66. Sitzung

Donnerstag, 4. September 2014

Missbilligung des Verhaltens des Ministerpräsidenten und Aufforderung zur Entlassung von Ministerin Wende	5408	Torge Schmidt [PIRATEN].....	5422
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP		Lars Harms [SSW].....	5425
Drucksache 18/2203		Torsten Albig, Ministerpräsident...	5428
Zurück in die Zukunft	5408	Daniel Günther [CDU].....	5433
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN		Heike Franzen [CDU].....	5435
Drucksache 18/2236		Torge Schmidt [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	5435
Johannes Callsen [CDU].....	5408, 5431	Wolfgang Kubicki [FDP], zur Geschäftsordnung.....	5435
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5411	Dr. Ralf Stegner [SPD], zur Geschäftsordnung.....	5436
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5415	Beschluss: 1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/2236 als selbstständigen Antrag	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	5417, 5432	2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2203 in namentlicher Abstimmung.....	5436

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die außerordentliche 24. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt ist Herr Abgeordneter Hauke Göttisch von der CDU-Fraktion. - Wir wünschen ihm von dieser Stelle aus gute Genesung!

(Beifall)

Ab 12:30 Uhr wird Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer von der Fraktion der PIRATEN beurlaubt sein.

Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Wir werden heute bis circa 12 Uhr tagen, eine Mittagspause ist nicht vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, wir werden so verfahren.

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne Gäste der MedEcole mit angehenden Rettungssanitätern aus Norderstedt sowie Gäste der Fraktionen, Angehörige der Staatskanzlei und der Ministerien, Vertreter von Verbänden sowie Bürgerinnen und Bürger. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Missbilligung des Verhaltens des Ministerpräsidenten und Aufforderung zur Entlassung von Ministerin Wende

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 18/2203

Zurück in die Zukunft

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2236

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Johannes Callsen, das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein hat in der vergangenen Woche den größten **Einsatz** einer **Staatsanwaltschaft im Regierungsviertel** in Schleswig-Holstein erlebt. Al-

(Johannes Callsen)

lein dies ist Grund genug für die heutige Sondersitzung hier im Landtag.

(Beifall CDU und FDP)

Es geht um Bestechung, es geht um Bestechlichkeit, und es geht um Betrug. Im Zentrum der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft steht eine handlungsunfähige Bildungsministerin.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Statt für das Wohl des Landes zu handeln, reden der Ministerpräsident und die Koalitionsfraktionen die Vorwürfe klein und beschimpfen die Opposition. Kaum hatten wir am vergangenen Dienstag unseren Antrag vorgestellt, kam das, was wir auf unsere Initiativen immer hören: Der Antrag entbehre jeder Grundlage. Herr Stegner setzte dem Ganzen noch einen drauf. Er twitterte: Perfider ginge es nun wirklich nicht, die Opposition werfe einmal wieder mit Schmutz.

Ich will gern darauf hinweisen: Grundlage unseres Antrags sind offizielle Zitate des Ministerpräsidenten. Herr Dr. Stegner, auch ich finde diese Aussagen Ihres Ministerpräsidenten, mit denen wir Sie per Antrag - wie Sie sagen - „beworfen haben“, ungeheuerlich. Genau deshalb muss der Landtag sich damit befassen.

(Beifall CDU und FDP)

Für ihre Reputation als Bildungsministerin trägt einzig und allein Frau Wende durch ihr persönliches Verhalten die Verantwortung. Noch einmal: Mehr als üble Beschimpfungen derjenigen, die zur eigentlichen Aufklärung der Vorwürfe beigetragen haben, haben Sie nicht zu bieten.

Der Ministerpräsident wirft den Oppositionsfraktionen eine Schmutzkampagne vor. Die Kritik sei nicht mehr als Geschrei und Gekläff. Als oberster Dienstherr greift er sogar dem Ermittlungsergebnis der Staatsanwaltschaft vor: Die Staatsanwaltschaft könne nur zu einem einzigen Ergebnis kommen, nämlich der Einstellung des Verfahrens.

Wer die Presse richtig liest, der sieht: Selbst Bundesrichter außer Dienst sind irritiert und entsetzt über diese - wie sie sagen - Intervention des obersten Dienstherrn in die Staatsanwaltschaft. Ich finde das bemerkenswert. Auch darüber reden wir heute.

(Beifall CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bildungsministerin erdreistet sich sogar, der Staatsanwaltschaft auf ihrem offiziellen Briefbogen die nötige

Kompetenz abzusprechen, überhaupt einen Anfangsverdacht gegen sie zu formulieren. Ich hoffe wirklich, Sie haben in der heutigen Debatte mehr zu bieten als in den letzten Tagen, denn tatsächlich geht es um vier ganz zentrale Fragen, deren Antwort Sie bisher beharrlich verweigern:

Erstens. Darf eine offensichtlich handlungsunfähige Bildungsministerin im Amt bleiben? Zweitens. Dürfen Minister, darf ein Ministerpräsident, quasi regierungsamtlich feststellen, dass eine Staatsanwaltschaft zu Unrecht ermittelt? Drittens. Darf ein Ministerpräsident, darf eine Ministerin, in Kenntnis der Aktenlage die Unwahrheit sagen und damit - es tut mir leid, dass ich diesen Ausdruck verwenden muss - lügen? Viertens. Darf ein Ministerpräsident die Opposition und Menschen, Demonstranten, die von ihrem Grundrecht Gebrauch machen, erniedrigen und verunglimpfen? - Um diese Fragen geht es in dieser Debatte, und zu diesen Fragen müssen die Regierungsfaktionen heute endlich Stellung beziehen.

(Beifall CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben seit Monaten eine **Bildungsministerin**, die jeder öffentlichen Sachdebatte über ihre Politik ausweicht, die nicht mit Demonstranten redet und mit der mehrere wichtige Vertreter aus Bildung und Wissenschaft gar nicht mehr bereit sind zu verhandeln, weil sie sich nicht an Verhandlungsergebnisse hält. Frau Wende hat als Bildungsministerin in diesem Land jedes Vertrauen verloren; bei den Hochschulen im Land, bei den Schülerverbänden, bei den Elternverbänden und bei den Lehrgewerkschaften. Sie alle haben dieser Bildungsministerin den Rücken zugekehrt.

(Beifall CDU und FDP)

Nun laufen gegen diese schon nach außen handlungsunfähige Ministerin auch noch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen Bestechung, Bestechlichkeit und Betrug. Ich sage: Eine Ministerin, gegen die die Staatsanwaltschaft wegen derart schwerwiegender Vorwürfe ermittelt, kann ihre Amtsgeschäfte gar nicht mehr ausüben. Daran kann es doch wirklich nicht den geringsten Zweifel geben.

(Beifall CDU und FDP)

Es ist für mich völlig unvorstellbar, dass die Bildungsministerin morgens Schulen besucht und mit Lehrern und Schülern über Bildungsziele und Bildungsinhalte wie Lesen, Schreiben und Rechnen redet, auch über Begriffe wie Ehrlichkeit und Auf-

(Johannes Callsen)

richtigkeit in den Schulen spricht und nachmittags selbst auf der Anklagebank Platz nehmen muss. Das ist ein unvorstellbares Bild, das ich da vor Augen habe.

(Martin Habersaat [SPD]: Was erzählen Sie für einen Schrott! - Weitere Zurufe SPD)

- Herr Habersaat, Entschuldigung, das ist genau das, was der Ministerpräsident sagt, wenn die Ministerin bis zu einem Urteil im Amt bleiben darf. Genau das ist die Konsequenz.

(Beifall CDU und FDP)

Statt Schleswig-Holstein ein solches Trauerspiel zu ersparen, stärkt der **Ministerpräsident** Frau Wende öffentlich den Rücken. Selbst im Falle eines Gerichtsverfahrens darf sie im Amt bleiben. Jeder normale Beamte in diesem Land würde auch zu seinem eigenen Schutz von seinen Dienstpflichten entbunden. Herr Albig, was haben Sie eigentlich für Maßstäbe an die politische Kultur in diesem Land?

(Beifall CDU und FDP)

Wie lange soll das so gehen, bis zum Urteil, bis zur Berufung, bis zum Bundesverfassungsgericht? Das ist eine spannende Frage.

Noch einmal zur Erinnerung: In Kenntnis der Aktenlage hat unser Kieler Sonnenkönig hier im Landtag erklärt und später im Bildungsausschuss behauptet, Frau Wende habe ja an dem entsprechenden Beschluss des Präsidiums der Uni Flensburg nicht mitgewirkt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Anfangsverdachts des Betrugs, weil eben Frau Wende gegenüber dem Präsidium unzutreffende Angaben über eine angebliche positiv ausgefallene Rechtmäßigkeitsprüfung gemacht haben soll, um - ich zitiere:

„so sicherzustellen, dass das von ihr gewünschte Ergebnis erzielt wird.“

Ohne Frage: Natürlich gilt die Unschuldsvermutung.

(Lachen Martin Habersaat [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Natürlich gilt die Unschuldsvermutung. Das ist in unserem Rechtsstaat so.

Eines belegen die Akten und der E-Mail-Verkehr von Frau Wende doch ganz eindeutig. Es geht nicht mehr darum, ob, sondern es geht darum, wie - und zwar nur noch darum, wie - Frau Wende an diesem Beschluss mitgewirkt hat. Damit ist doch völlig klar, dass der Ministerpräsident, der ja die Akten zum Zeitpunkt seiner Aussage kannte, die Unwahr-

heit gesagt hat. Der Ministerpräsident dieses Landes hat das Parlament und die Öffentlichkeit belogen. Daran gibt es überhaupt nichts zu rütteln.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Albig, Sie wissen es auch. Sie sagen ja selber, niemand kenne die Akten so gut wie Sie.

Sie haben doch selbst - und da komme ich an einen anderen Punkt - Kriterien für die Entlassung von Ministern aufgestellt. Wer die Unwahrheit sagt, wer illoyal ist, oder wer sich etwas hat zuschulden kommen lassen, der muss gehen. So haben wir es von Ihnen gelesen. Es liegt doch auf der Hand, dass Frau Wende mindestens eines dieser Kriterien für einen Rauswurf längst erfüllt hat, nämlich dass sie unehrlich war. Frau Wende hat nicht nur Professor Löwer die Unwahrheit über ihren Status gesagt, sie hat auch das Präsidium der Universität Flensburg falsch informiert. Sie hat dem Präsidium sogar die Expertise von Professor Löwer vorenthalten und natürlich dann auch an diesem rechtswidrigen Rückkehrrecht mitgewirkt. Herr Albig, Sie sollten wenigstens sich selber und Ihre eigenen Maßstäbe einmal ernst nehmen und Frau Wende als Bildungsministerin entlassen.

(Beifall CDU und FDP)

Eine unverschämte Frechheit ist vor diesem Hintergrund aber die Aussage der Landesregierung, sie habe - ich zitiere - „von Anfang an volle Transparenz walten lassen.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich!)

Es war einzig und allein die Opposition - -

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Da gibt es doch gar nichts zu lachen, Herr Dr. Stegner. - Es war einzig und allein die Opposition aus CDU, FDP und PIRATEN hier in diesem Haus, die diese Dinge aufgeklärt hat.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Wir waren es, die die Aktuelle Stunde am 14. Mai 2014 beantragt haben.

(Zurufe SPD: Oh!)

Es war die Opposition, die das Aktenvorlagebegehren beantragt hat.

(Zurufe SPD: Ah!)

Genau dadurch ist nämlich der Schriftverkehr zwischen Frau Wende und der Universität publik geworden. Es war auch die Opposition, die im Bil-

(Johannes Callsen)

dungsausschuss auf weitere Aufklärung drängen musste.

(Zurufe SPD)

Nur dadurch sind die Fakten ans Licht gekommen. Genau diese von der Opposition erarbeiteten Erkenntnisse, sind die Grundlage für den Anfangsverdacht der Staatsanwaltschaft. So einfach ist die Welt.

(Beifall CDU und FDP)

Seitdem das nun alles bekannt ist, keilt der Ministerpräsident aus - ganz oben aus seinem Luftschloss auf alle Kritiker herab. Zu Sachfragen wie etwa der Handlungsfähigkeit des wichtigsten Ministeriums oder auch der Unabhängigkeit der Justiz sagt er überhaupt nichts. Stattdessen bezeichnet er hier im Parlament alle um Aufklärung bemühten Kolleginnen und Kollegen der Opposition als welche, die „gar nicht klein genug sein können, als dass sie versuchen, aus ihrer Kleinheit mit Schmutz zu werfen.“

Das ist eine üble Wortwahl. Vor der Sitzung des Bildungsausschusses hat er die Kritik als Gekläff, also als Hundelaute, bezeichnet. Das ist das einzige, was der Ministerpräsident in dieser wirklichen Krise zu bieten hat. Wer sich in Schleswig-Holstein um Aufklärung bemüht, wird belogen, beschimpft und herabgewürdigt. So ist es.

(Beifall CDU und FDP)

Damit missachtet der Ministerpräsident auch die **Verfassungsrechte der Opposition**. Ich sage ausdrücklich: Das sind Rechte, die jedem Abgeordneten in diesem Haus wichtig sein müssten. Auch deshalb beantragen wir zu unserem Antrag **namentliche Abstimmung**. Denn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, müssen sich heute wirklich entscheiden, ob Sie diese Formulierung des Ministerpräsidenten unterstützen oder missbilligen.

Ich will noch einen weiteren Punkt in unserem Antrag ansprechen. Herr Albig beschränkt sich nämlich - was politisch möglicherweise noch nachvollziehbar wäre - in seinen Herabwürdigungen längst nicht mehr auf die politische Opposition. Er beschimpft mittlerweile auch **Demonstranten**, die ihr Grundrecht wahrnehmen, als respektlos, töricht und dumm. Er unterstellt den Demonstranten sogar gegenüber Journalisten, sie hätten das entsprechende Gesetz noch nicht einmal gelesen, und zwar obwohl die sachlich fundierte Stellungnahme der Initiatoren der Demonstration zum Gesetzentwurf - am Gesetzentwurf erarbeitet - zu diesem Zeitpunkt längst

bekannt und verumdruckt war. Auch das, sehr geehrter Herr Albig, ist ausgesprochen unredlich, unfair und deplatziert gegenüber den Menschen, die hier ihre Rechte in der Demokratie wahrnehmen.

(Beifall CDU und FDP)

Dieses Beispiel macht deutlich: Für diesen Ministerpräsidenten ist mittlerweile jede Kritik Majestätsbeleidigung. Dabei würdigt er jeden Kritiker unterschiedslos ab. So ein Verhalten eines Ministerpräsidenten ist natürlich zu missbilligen. Dazu müssen heute alle Abgeordneten des Landtags Farbe bekennen, nämlich zur notwendigen Entlassung der Bildungsministerin und zum Umgang des Ministerpräsidenten mit Grundrechten und mit Oppositionsrechten. Dass SPD, Grüne und SSW offenbar nicht einmal mehr die Kraft haben, sich mit einem eigenen Antrag ganz klar und unmissverständlich hinter den Ministerpräsidenten, hinter ihren Ministerpräsidenten, hinter ihre Bildungsministerin zu stellen, das ist ein Armutzeugnis. Deutlicher können SPD, Grüne und SSW nicht zeigen, dass sie in Wahrheit absolut am Ende sind.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

Herr Albig, es geht bei dieser Diskussion in der Tat um Ihre Bildungsministerin, nicht um Meinungsumfragen. Es geht um Glaubwürdigkeit, und es geht um den Ruf und das Wohl des Landes Schleswig-Holstein. Darüber reden wir heute in dieser Debatte. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Ich erteile dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst feststellen, dass Sie von der Opposition heute größtenteils über Dinge debattieren wollen, um die es eigentlich gar nicht geht. Damit werde ich mich in angemessener Form auseinandersetzen. Im Kern werde ich aber über das reden, worum es Ihnen eigentlich geht: Sie attackieren Vorgänge, die Gegenstand eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens sind. Eigentlich gilt Ihr Angriff aber unserem Politikwechsel in der Bildungspolitik.

(Volker Dornquast [CDU]: Quatsch!)

Wenn Sie von der Opposition heute also persönlich herabsetzende Angriffe gegen Wara Wende und

(Dr. Ralf Stegner)

Torsten Albig vorbringen, wissen wir, warum Sie das tun.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir sind nicht so wie Sie drauf!)

Besser macht das den Umgang mit der Bildungsministerin und dem Ministerpräsidenten allerdings nicht.

Unsere Bildungsministerin Wara Wende hat einen beeindruckenden wissenschaftlichen Lebenslauf vorzuweisen. Sie ist eine ausgewiesene Germanistin - also keine Juristin, wie ich gleich hinzufügen möchte -, sie hatte eine unbefristete Professur in den Niederlanden, von der sie zur Präsidentin der Universität Flensburg berufen wurde.

Dort erreichte sie die Anfrage von Torsten Albig, Bildungsministerin in seinem Kabinett zu werden. Für Wara Wende stellte sich die Frage nach einem Rückkehrrecht an die Universität Flensburg im Anschluss an das bevorstehende Regierungsamt auf Zeit. Dass in dieser besonderen, individuellen Fallkonstellation ein solches **Rückkehrrecht** hochschulrechtlich problematisch ist, wissen wir inzwischen. Wara Wende hat auf ein solches Rückkehrrecht längst verzichtet.

Dennoch haben wir in der Aktuellen Stunde vor wenigen Monaten ausführlich darüber debattiert. Neu ist daran also nichts. Ich finde weiterhin, dass solche Rückkehrrechte nicht nur nichts Außergewöhnliches sein sollten, sie sind sogar wünschenswert, wenn wir Führungskräfte aus anderen gesellschaftlichen Bereichen für die Politik gewinnen wollen - in einer Demokratie, in der Macht immer auf Zeit verliehen wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Was das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft angeht, die nach § 160 Absatz 2 der Strafprozessordnung übrigens sowohl Beweise für Schuld als auch für Unschuld ermitteln wird, ist das Ergebnis abzuwarten. Allein die Einleitung eines solchen Verfahrens ist kein **Rücktrittsgrund**, darf dies auch nicht sein, weil wir sonst sehr schnell einen Teufelskreis von Denunziation und falschen Anschuldigungen erzeugen könnten. Wie schnell man selbst in eine solche Situation geraten kann, habe ich nicht nur selbst erfahren müssen, zahlreiche weitere Beispiele auch von Kabinettsmitgliedern in anderen Ländern könnten angeführt werden. Persönliche Angriffe, verletzend Kommentare in den Medien, schwer erträgliche Diskussionen in der Öffentlichkeit, auch Kritik aus den eigenen Reihen -

all das geht damit einher. Das ist individuell sehr belastend, es ist aber auch der Preis der Demokratie, weil Politiker, die in der Öffentlichkeit stehen, nicht bessergestellt werden dürfen als andere Bürger.

Dass Ermittlungsverfahren am Ende wieder eingestellt werden können, in den meisten Fällen sogar eingestellt werden, gerät dabei schnell aus dem Blickfeld. Selbst wenn die Einstellung Wochen oder Monate später eine vollständige Entlastung bringt, wird das manchmal öffentlich weit weniger gewürdigt als die Verdächtigung zuvor. Wir dürfen auch bei Politikern nicht den Grundsatz der Unschuldsvermutung aufgeben. Sie ist und bleibt ein elementarer Bestandteil unseres demokratischen Rechtsstaats.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU, FDP und PIRATEN)

Deshalb wiederhole ich es: Das Ergebnis der Untersuchung der Staatsanwaltschaft ist abzuwarten. Wir tun das in aller Ruhe und Gelassenheit und im Vertrauen auf die professionelle Arbeit der unabhängigen Ermittlungsbehörden. Nach allem, was wir wissen, sind wir sehr zuversichtlich, dass das Verfahren am Ende eingestellt werden wird, weil die Vorwürfe bis dahin entkräftet sein werden. Dies öffentlich zu sagen, ist mitnichten eine Einmischung in Angelegenheiten der Justiz. Es ist im Gegenteil das gute Recht von Betroffenen, die öffentlichen Angriffen ausgesetzt sind. Es ist aber auch vollständig legitim in dieser Debatte. Mag es auch einfacher erscheinen, sich zu distanzieren oder aus politischer Opportunität den Kopf einzuziehen, so wäre dies kein Ausdruck von Charakter, sondern von Feigheit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

All das sehe ich mit einer gewissen professionellen Distanz, weil so etwas in der Politik immer wieder vorkommt und ich - wie gesagt - aus eigener Erfahrung sprechen kann.

Eines allerdings, Herr Kollege Kubicki und Herr Kollege Callsen, möchte ich Ihnen in allem Ernst sagen: Dass Sie mit der Forderung öffentlich zitiert werden - ich habe kein Dementi gelesen -, die Justizministerin möge dafür sorgen, dass der Herr Ministerpräsident die Staatsanwaltschaft nicht anweist, das Verfahren gegen die Bildungsministerin schnellstmöglich einzustellen, ist wirklich unverfroren. Das will ich ganz deutlich sagen. Das ist unverfroren!

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Erstens wissen Sie sehr genau, nicht nur aus Ihrer beruflichen Erfahrung, Herr Kollege Kubicki, dass es so etwas in Schleswig-Holstein nicht gibt und in den letzten 25 Jahren nicht gegeben hat, was Sie hier unterstellen.

Zweitens aber, und das ist noch viel schlimmer: Ausgerechnet Sie, der Sie, wie ich auch, über eigene bittere Erfahrungen aus den Jahren 1992 und 1993 verfügen, insinuiert damit, dass, wenn am Ende das Verfahren eingestellt würde, dies ja nichts wert sei, weil ja vielleicht doch politischer Einfluss auf die Ermittlungen genommen worden sein könnte. Das ist die eigentliche Ungeheuerlichkeit, und das weise ich entschieden zurück.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Demagogen sind Leute, die in den Wind sprechen, den sie selbst gemacht haben. Das in diesem Fall ist Demagogie.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Übrigens auch der Versuch, den Herrn Ministerpräsidenten mit Zitaten, die aus dem Zusammenhang gerissen sind, der Lüge zu überführen, geht fehl.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist Realsatire!)

Halb richtig ist meistens ganz falsch, und das sind Ihre Anschuldigungen. Die Landesregierung hat nämlich in einem nicht gekannten Maß Akteneinsicht gewährt und Transparenz geschaffen.

(Lachen CDU und FDP)

Alles liegt auf dem Tisch, alles kann bewertet werden, und ich meine wirklich: Alles kann bewertet werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Was ist das denn für ein Parlamentsverständnis? Das ist unglaublich!)

Ich sage in diesem Kontext aber auch, dass ich mir den Stil einzelner, vorab nicht zur Veröffentlichung bestimmter Mails oder anderer öffentlicher Beiträge nicht zu eigen machen möchte. Nicht alle entsprechen dem Qualitätsmaßstab, den wir an unsere politische Arbeit anlegen wollen und müssen.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie haben es nicht gelesen, Herr Stegner!)

Genau über diese wollen wir debattieren.

Was die **Missbilligungsanträge** gegen den Herrn **Ministerpräsidenten** angeht, will ich mir auch hier nicht jedes Zitat zu eigen machen, aber der Volksmund sagt: Wie man in den Wald hineinruft ...! - Für mich sind die Anträge Ausweis oppositioneller Larmoyanz, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Natur solcher Verfahren schließt es nach meiner Auffassung aus, sich regelmäßig zu Zwischenständen zu äußern. Auch für Was-wäre-wenn-Szenarien sehe ich keinerlei Bedarf. Deshalb werden wir dies nach der heutigen Debatte auch nicht mehr kommentieren, sondern erst wieder das Ende des Verfahrens würdigen.

Lassen Sie mich aber nun endlich darüber sprechen, worum es Ihnen wirklich und eigentlich geht. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, stört doch in Wirklichkeit, dass diese Regierungskoalition in den vergangenen zwei Jahren sehr erfolgreich einen **Politikwechsel** vollzogen hat - einen Politikwechsel, den die Bürgerinnen und Bürger bei der Landtagswahl 2012 entschieden haben. Die Bildungspolitik ist dabei unsere Priorität Nummer eins.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Erstens. Wir haben nach einem landesweiten Dialogverfahren das **Schulgesetz** novelliert. Noch nie ist einem Schulgesetz ein solches Verfahren der umfassenden Beteiligung vorausgegangen. Nie war ein Gesetz mehr geeignet, das Wohl unserer Kinder in den Vordergrund zu stellen. Wir haben dies mit der deutlichen Grundhaltung getan, kein Kind zurückzulassen und jedem Jugendlichen die Möglichkeit zum bestmöglichen Schulabschluss zu eröffnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Zweitens. Ihre Schikanen gegen die **Gemeinschaftsschulen** haben wir beendet. Ich denke an die Rückgabe der von Ihnen gestrichenen Differenzierungsstunden. Die Schularten haben wir endlich als gleichberechtigte Säulen nebeneinander gestellt. Drei Wege führen gleichberechtigt zum Abitur: Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Berufliche Schulen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Drittens. Wir haben zahlreiche neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen genehmigt, die Sie energisch bekämpfen - zumeist gegen Ihre eigenen Parteifreunde vor Ort, die mit uns für bessere Bildungschancen auch in ländlichen Regionen streiten.

(Christopher Vogt [FDP]: Was reden Sie denn da?)

Wir haben dafür gesorgt, dass mehr Kinder in Schleswig-Holstein die Möglichkeit haben, ihre Schulzeit mit dem Abitur abzuschließen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viertens. Wir haben die **Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer** gegen Ihren erbitterten Widerstand endlich an die heutige Schulstruktur angepasst.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Fünftens. Wir haben den drastischen Kahlschlag der früheren CDU/FDP-Landesregierung bei den **Lehrerstellen** rückgängig gemacht. Sie wollten 100 % der durch den Schülerrückgang frei werden Stellen streichen. Wir hatten versprochen, 50 % im System zu belassen. De facto schaffen wir jetzt sogar zwei Drittel davon - Lehrerstellen, die wir für bessere Qualität in den Schulen einsetzen, allein zu diesem Schuljahr 228 Stellen, bis 2017 728 zusätzliche Stellen für mehr Qualität in den Schulen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sechstens. Wir haben unser Versprechen umgesetzt, die **Schulsozialarbeit** zu verbessern. Die Förderung ist von 1,7 auf 4,6 Millionen € gestiegen, der Haushaltsentwurf der Landesregierung, den wir nächste Woche beraten werden, sieht eine weitere deutliche Steigerung vor. Das hilft unseren Schulen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Siebtens. Wir haben 120 zusätzliche Lehrerstellen für die Verwirklichung der **Inklusion** geschaffen. Das ist ein Meilenstein für bessere Bildungschancen von Kindern mit Behinderung. An diesem Thema werden wir auch künftig engagiert arbeiten. Das wird ein schwieriger Weg, aber wir werden ihn gemeinsam gehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Rainer Wiegard [CDU])

Achtens. Sie haben für eine skandalöse Benachteiligung der Schülerinnen und **Schüler der dänischen Minderheit** gesorgt. Wir haben das wieder rückgängig gemacht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Neuntens. Sie haben die Kreise gezwungen, von den Eltern Gebühren für **Schülerbeförderung** zu erheben. Wir haben das aufgehoben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zehntens. Wir haben die **Finanzierung der Hochschulen** erhöht, die Studienbedingungen im Land verbessert.

(Christopher Vogt [FDP]: Genau!)

Ich denke an das Sondervermögen Hochschulbau. Herr Kollege Günther, schauen Sie einmal hinein, was wir da hineingetan haben und was Sie vorher gemacht haben. Das ist eine Verbesserung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte sehr deutlich sagen: All die genannten politischen Entscheidungen dieser Regierungskoalition setzt unsere Bildungsministerin Wara Wende um. Für Sie ist das der wahre Grund, die Bildungsministerin persönlich zu attackieren. Wir sind stolz auf die Erfolge der bisherigen Regierungsarbeit im Bildungsreich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Bertrand Russell hat gesagt:

„Wer wirklich Autorität hat, wird sich nicht scheuen, Fehler einzugestehen.“

Insofern will ich gern einräumen, dass unser **Politikwechsel** in der **Bildungspolitik** nicht frei von administrativen Fehlern war. Das ist so, und Sie dürfen sicher sein, dass mich das mehr ärgert als Sie. Fest steht aber auch: In der Sache können sich die Ergebnisse sehen lassen.

Sie stehen gegen eine fortschrittliche, moderne und soziale Bildungspolitik. Wir von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sehen darin das Fundament unserer Regierungskoalition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Wir hatten schon Debatten und eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema, und nun haben wir auch noch eine außerordentliche Sitzung. Es ist Ihr gutes Recht, diese zu beantragen. Ich meine aber, wir hätten darüber auch in der kommenden Woche sprechen können. Das hätte uns Zeit für Sacharbeit gegeben, und der Landtag hätte zugleich Geld gespart. So bleibt diese Sondersitzung leider überflüssiges Theater Ihrerseits.

Ihr Versuch, die Geschlossenheit und Entschlossenheit dieser Koalition zu testen, ist uns allerdings sehr willkommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ihre Anträge, die sich formal gegen den Ministerpräsidenten und die Bildungsministerin richten, sind in der Sache unbegründet, im Stil niveaulos. Bei solchen Anträgen muss man keine Gegenanträge stellen; es reicht völlig, sie abzulehnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie lange noch, Herr Dr. Stegner?)

Meine Fraktion von der SPD - und ich bin ganz sicher, unsere Koalitionspartner Grüne und SSW auch - wird Ihre Anträge in namentlicher Abstimmung entschlossen und geschlossen zurückweisen. - Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

(Unruhe)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte seit der Sommerpause verläuft bisher genau so, wie ich es erwartet habe: Die Opposition feuert aus allen Rohren - nicht jeder Treffer sitzt, Herr Koch -, und wir, die regierungstragenden Fraktionen, weisen die Anschuldigungen zurück. Nichts daran ist überraschend. Es gehört zu den erwartbaren Szenarien von Politik. Das schließt meine Fraktion und die Grünen insgesamt selbstverständlich mit ein. Es gibt politische Rituale. Wir alle kennen sie. Auch wir haben in der letzten Legislaturperiode den Rücktritt des Kollegen Klug gefordert.

Tatsächlich knüpft die heutige Sondersitzung an Debatten an, die wir bereits vor dem Sommer geführt haben, zu denen es eine umfassende Akteneinsicht gab, zu denen es eine ausführliche Befragung im Bildungsausschuss gab. Seitdem gibt es in der Sache für uns keine neuen Erkenntnisse.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Neu ist, dass die **Staatsanwaltschaft** Ermittlungen aufgenommen hat. Lassen wir die Staatsanwaltschaft ihre Arbeit machen. Mehr ist zur faktischen Sache nicht zu sagen. In Wahrheit erwartet auch niemand von der Opposition, dass wir hier heute oder ich hier etwas anderes sage. Weil dem so ist, erschließt sich mir auch der Sinn der außerordentlichen Sitzung nicht. Denn dass es so eine Sitzung gibt, soll nicht dem Erkenntnisinteresse dienen, sondern den eigenen Spielregeln der Politik.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf die übergeordneten Fragen, die politischen Fragen jenseits des konkreten Falles, eingehen, denn die sind in der Tat bemerkenswert. Nach all den Skandalen und Rücktrittsforderungen - auch der Grünen - in Personalien wie Wulff oder Haderthauer muss ein Politiker zurücktreten, wenn ihm etwas vorgeworfen wird, ohne dass der Vorwurf nachgewiesen ist. Wie hoch sind die moralischen Ansprüche, denen wir Politiker und Politikerinnen gerecht werden müssen, und gilt die Unschuldsvermutung auch für die Ministerin?

Die Bevölkerung hat hohe **moralische Ansprüche** an uns. Das lässt sich nicht leugnen. Es ist ein Anspruch, der leicht mit der **Unschuldsvermutung** in Konflikt gerät. Politiker und Politikerinnen dürfen gar nicht erst in Verdacht geraten.

Ich kann diesen Anspruch nachvollziehen. Unsere Entscheidungen betreffen die Menschen im Land. Deshalb haben wir alle eine besondere Verantwortung. Deshalb haben die Menschen einen hohen Anspruch an unser Handeln.

Minister und Ministerinnen sind oberste Dienstherren und Dienstdamen, Glaubwürdigkeit ist ihr höchstes Gut. Sie sind schlichtweg darauf angewiesen, dass man ihnen glaubt.

Die Debatte um Bildungsministerin Wara Wende beschreibt dieses grundsätzliche Spannungsverhältnis. Politiker müssen zum einen über jeden Zweifel erhaben sein, zum anderen kann ihre Glaubwürdigkeit durch **Vermutungen** leicht beschädigt werden. Wir müssen uns die Frage stellen, wie bei allem berechtigten Anspruch an Anstand und Moral auch

(Eka von Kalben)

Politiker und Politikerinnen geschützt werden können.

Ich begrüße es, dass sich der Ministerpräsident hier dem hohen Gut der Unschuldsvermutung verpflichtet fühlt. Es ist gut, dass er seine Kabinettskollegin nicht fallen lassen will.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sein Verhalten versucht, die Rituale der Politik zu durchbrechen. Das ist der Grund dafür, dass meine Fraktion diese Haltung unterstützt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach meinem Dafürhalten muss die Opposition den gleichen Ansprüchen genügen. Wir streiten hier seit Wochen intensiv über Personalfragen. Herr Kubicki und Herr Callsen, Sie legen jedes Wort auf die Goldwaage. Sie skandalisieren. Sie benutzen Worte, die sicher auch zu missbilligen wären. Herr Callsen, wer sitzt zum Beispiel auf einer Anklagebank? Ich frage Sie: Machen Sie durch Ihre Wortwahl nicht genau das, was Sie uns vorwerfen? Sie drücken sich um die politische Verantwortung im Land. Das ist nicht unsere Vorstellung von Oppositionsarbeit.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nun noch einmal konkret zur Sache. Sie haben dem Ministerpräsidenten in der Pressekonferenz der letzten Woche vorgeworfen, das Parlament belogen zu haben. Der Antrag selbst spricht ebenfalls davon. Definiert ist Lüge so: Eine Lüge ist eine Aussage, von der der Lügner weiß oder vermutet, dass sie unwahr ist, und die mit der Absicht geäußert wird, dass der oder die Empfänger sie trotzdem glauben. Lüge unterstellt also Täuschungsabsicht.

(Beifall CDU und FDP)

Deshalb sind wir hier im Haus auch vorsichtig mit diesem Vorwurf. Er gilt zu Recht als unparlamentarisch.

Vieles, was in der Hitze der Debatte gesagt wird, was in freier Rede vielleicht unsauber formuliert ist, stellt sich häufig genug als falsch heraus, aber Lüge ist bewusste Täuschung. Sie verwenden diesen unparlamentarischen Begriff sehr bewusst. Die Schlagzeilen sind Ihnen sicher. Sie wollen, dass der Landtag die Aussagen des Ministerpräsidenten wahrnimmt und verurteilt, dass der Landtag diese missbilligt.

Mit Verlaub, der Lügenvorwurf ist hanebüchen, und ich weise ihn entschieden zurück.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie verweisen doch immer auf das Ausschussprotokoll, ich meine jenes aus dem Bildungsausschuss vom 26. Mai 2014. Viele von Ihnen waren - wie ich - während dieser Sitzung anwesend. Schon damals haben Sie den Ministerpräsidenten mit Ihrem Lügenvorwurf konfrontiert, bei exakt der gleichen Faktenlage. Damals wie heute wollten Sie seine Erklärung nicht hören. Als er sagte „mitgewirkt“, hat er gemeint: Frau Wende saß nicht mit am Tisch, als die Entscheidung gefällt wurde.

(Lachen und Zurufe CDU und FDP)

All das hat niemand bestritten. Meine sehr verehrten Damen und Herren von FDP und CDU: Wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen, frage ich mich, weshalb wir die Aussage des MP, hier würde mit Dreck auf Menschen geschmissen, allen Ernstes missbilligen sollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sein Duktus ist teilweise hart, ja. Ich muss ihn nicht immer teilen, sicher. Aber ist der Lügenvorwurf nicht viel härter, ist es nicht viel härter, den gleichen widerlegten Vorwurf immer und immer wieder zu wiederholen? Was ist das denn? Sauber ist das jedenfalls nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Mit diesen Vorwürfen erreichen Sie nichts anderes als Verdrossenheit und Resignation - nicht bei uns, sondern dort draußen bei den Menschen, die wir hier vertreten.

(Zurufe Hans-Jörn Arp [CDU] und Johannes Callsen [CDU])

49 % Wahlbeteiligung in Sachsen - so weit ist es bei uns glücklicherweise noch nicht. Aber **Politiker- und Politikverdrossenheit** hat etwas mit falsch handelnden Politikern und Politikerinnen zu tun - keine Frage -, aber genauso mit denjenigen, die nicht müde werden, Flecken auf den Westen anderer zu suchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kubicki, Sie haben in der Zeitschrift „Die Zeit“ viel Persönliches über Ihre Erfahrungen 1993 im Zusammenhang mit der Deponie Schönberg gesagt. Sie haben von dem **gewaltigen Druck** gespro-

(Eka von Kalben)

chen, unter dem Sie standen. Sie haben davon gesprochen, dass Ihnen das eine Lehre gewesen sei. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Sie müssen sich das so vorstellen: Es gab wochenlanges Trommelfeuer in den Medien, jeden Tag bekam ich etwas auf die Mütze, es hörte überhaupt nicht mehr auf. ... War ja alles Quatsch, eine Falschmeldung, das kam aber erst später heraus. In diesem Augenblick wurde diese Bombardierung meiner Psyche zu viel.“

Zu dem Interview insgesamt ließe sich viel sagen. Aber Ihre Worte, diese Worte in dem Interview sind damals nicht einfach an mir vorbeigegangen. Ich habe sie ernst genommen. Ich hoffe heute, Herr Kubicki, dass ich sie zu Recht ernst genommen habe.

Meine Damen und Herren, wir bedienen Rituale, erwartbare Szenarien, die bei den Betroffenen schlimmen Schaden anrichten können und ein schlechtes Bild von Politik zementieren. Ich wünsche mir, dass ich in der Lage sein werde, mich zukünftig, falls wir wieder einmal in der Opposition sein sollten, gegen diese Rituale und unwürdigen Mechanismen zu stemmen. Ich bin mir nicht sicher. Ich weiß, wie stark Sie sind. Als Konsequenz will ich bei den Grünen aber dafür werben, vorsichtiger mit Vorverurteilungen zu sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, seien wir doch einmal ehrlich. Diese ganze Inszenierung - Herr Stegner hat darauf hingewiesen -, dieser Popanz, den Sie hier aufbauen, dient nur einem Zweck: Sie wollen eine andere Bildungspolitik. Es geht Ihnen gar nicht um die Ministerin, sondern um ihre Politik, die Bildungspolitik dieser Koalition. Diese Regierung hat seit ihrem Antritt bildungspolitisch mehr erreicht als sich Ihre schwarz-gelbe Combo je hätte vorstellen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Koalition hat im Bereich der Vorschulen, der Schulen und der Hochschulen große Erfolge erzielt. Wir arbeiten für ein besseres, gerechteres, offeneres Bildungssystem. Ihnen geht es um eine Bildungspolitik, die schlechter, ungerechter und unfreier ist. In der kommenden Woche sehen wir uns hier im Landtag wieder. In der kommenden Woche geht es dann hoffentlich endlich wieder um die Zukunft dieses Landes und nicht um Personal, Moral und

Skandal. Das erwarten die Menschen von uns als Regierung, aber auch von Ihnen, der Opposition. Wir haben noch viel vor. Lassen Sie uns endlich zur inhaltlichen Arbeit zurückkehren. Wir zumindest bleiben am Ball. Wir diskutieren, wir ringen und streiten mit Ihnen um Inhalte, als Koalition gern auch mit der Opposition, aber auch immer im Austausch mit den Menschen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das haben wir bei der Lehramtsausbildung gesehen!)

In der Politik geht es um Lösungen, nicht um Schlagzeilen. Ich freue mich deshalb auf die kommende Woche. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der FDP hat der Fraktionsvorsitzende, der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Landtagssitzung vom 14. Mai 2014 hat der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein in diesem Hohen Haus bemerkenswerte Sätze von sich gegeben. Ich zitiere aus dem Plenarprotokoll:

„Sie versuchen, eine Ministerin, eine Regierung, gegen deren politische Ziele und Inhalte Sie nichts vorzutragen haben, in ihrer Integrität anzugreifen, indem Sie ihr Vorwürfe machen, die nachgerade absurd sind, meine Damen und Herren. Dieses weise ich für meine Regierung auf das Schärfste, ja auf das Allerschärfste, zurück.“

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich betonen, dass es mitnichten darum geht, eine **Person** in ihrer Integrität zu beschädigen, sondern einen **Sachverhalt** aufzuklären und vor allen Dingen eine Auseinandersetzung darüber zu führen, wie mit diesem Sachverhalt umzugehen ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ureigene parlamentarische Aufgabe.

(Beifall FDP und CDU)

Mit noch so emotional unterlegten Angriffen werden Sie, Herr Ministerpräsident, uns von dieser Aufgabe nicht abhalten.

Wir haben gemeinsam mit der CDU die **Sondersitzung** nicht beantragt, um die Causa Wende straf-

(Wolfgang Kubicki)

rechtlich zu beurteilen, sondern um Ihren Umgang und den der Koalitionsfraktionen mit der Tatsache zu beleuchten, dass die Staatsanwaltschaft Kiel ein Ermittlungsverfahren wegen des Anfangsverdachts der Bestechung und Bestechlichkeit sowie des Betruges eröffnet und richterliche Durchsuchungsbeschlüsse vollstreckt hat.

Es ist ja nicht der Normalfall, dass Ministerien, Staatskanzleien oder die Privatwohnungen von Ministern durchsucht und eine Vielzahl von Unterlagen beschlagnahmt werden. Herr Kollege Dr. Stegner, die Tatsache, dass es die Menschen berührt, belegen Sie damit, dass Sie den Mitgliedern der SPD einen Brief haben schreiben müssen. Es beschäftigt die Menschen, also muss es auch uns beschäftigen. Wo denn sonst, wenn nicht hier im Parlament?

(Beifall FDP und CDU)

Ich gestehe Ihnen zu, dass die **Unschuldsvermutung** ein hohes Gut ist, das ich schon von Berufs wegen als Strafverteidiger mit jeder Faser meines Körpers verteidige. Dies darf jedoch kein Freibrief sein, politische oder sonst öffentliche Diskussionen über diesen Vorgang als Schmutzkampagnen zu denunzieren.

Frau Ministerin Wende darf nicht vorverurteilt werden. Aber sie darf auch nicht vorher freigesprochen werden, wie Sie es getan haben. Bereits am Anfang staatsanwaltlicher Ermittlungen erklären Sie, nach Ihrer Aktenkenntnis - und niemand kenne die Akten genauer als Sie - sei an dem Vorwurf nichts dran, Frau Wende habe sich strafrechtlich nichts zuschulden kommen lassen.

Dies erklären Sie nicht als Torsten Albig, sondern als Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, also als der oberste Dienstherr des Landes, und Sie erklären damit gleichzeitig, auch wenn Sie das möglicherweise nicht wollen, die Staatsanwaltschaft verfolge eine Unschuldige und verschwende vor allen Dingen unsinnigerweise Steuermittel, was schon ein beachtlicher Vorwurf in Richtung der Staatsanwaltschaft ist.

(Beifall FDP und CDU)

Auch der Kollege Dr. Stegner, dessen strafrechtliche Kompetenz sicher tiefgreifend ist, erklärt bereits jetzt, es werde sich herausstellen, dass an den Vorwürfen nichts dran sei.

Was sollen Staatsanwaltschaften davon halten, wenn ihnen am Beginn ihrer Ermittlungen vom obersten Dienstherrn des Landes Schleswig-Holstein und dem mächtigen Fraktionsvorsitzenden der

stärksten regierungstragenden Fraktion bereits öffentlich erklärt wird, was das Ergebnis ihrer Ermittlungen sein wird oder vielleicht sein soll?

Zum Anlass selbst: In der bereits erwähnten Plenartagung vom 14. Mai 2014 hat der Ministerpräsident ausgeführt - ich zitiere -:

„Als ich die Frau Präsidentin gefragt habe, ob sie bereit sei, in meiner Regierung mitzuarbeiten, da war das Erste, was sie mir im Mai 2012 gesagt hat: ‚Sehr gerne, dafür muss ich aber prüfen, ob ich ein Rückkehrrecht habe.‘“

Nun mag man Verständnis dafür aufbringen, dass die erste Reaktion auf ein solches Angebot nicht ist: „Ja, ich freue mich, im Dienste des Landes Schleswig-Holstein an einer fortschrittlichen Bildungspolitik mitzuwirken“, sondern: „Was wird aus mir?“ Aber doch ist es dieser verräterische erste Satz von Frau Wende, der die nachfolgenden Fehlentwicklungen auslöste, die jetzt von der Staatsanwaltschaft unter strafrechtlichen Gesichtspunkten gewürdigt werden.

Frau Professor Wende hatte kein **Rückkehrrecht** an die Universität Flensburg, und das muss ihr auch klar geworden sein. Hätte es ein gesetzliches Rückkehrrecht gegeben, es hätte der Vereinbarung mit der Hochschule in Flensburg überhaupt nicht bedurft, die ihr ja erst eine Rückkehroption eröffnen sollte. Hiervon spricht die Hochschulleitung der Universität Flensburg im Brief vom 16. Mai 2014 an die Mitarbeiter. Von der „Rückkehroption“ und auch in der Veröffentlichung vom 30. Mai 2012 zum gemeinsamen Beschluss des Präsidiums und des Senatsvorsitzenden der Universität heißt es ausdrücklich:

„Damit Frau Professor Dr. Waltraud ‚Wara‘ Wende sich durch die Übernahme des Ministeramtes nicht schlechterstellt, als dies bei einem Verbleib im Amt der Präsidentin der Universität Flensburg der Fall gewesen wäre, erklärt die Universität Flensburg ihre verbindliche Bereitschaft, Frau Professor Dr. Waltraud ‚Wara‘ Wende nach einem Ausscheiden aus dem Ministeramt ... mit einer W3-Professur ... auszustatten.“

Im Klartext: Da war noch nichts, da sollte erst noch was kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle erinnere ich daran, dass unser Landeshochschulgesetz eine gesetzliche Regelung der Berufung von Professorinnen und Professoren auf Lehrstühle ent-

(Wolfgang Kubicki)

hält, die eine Befugnis zur freihändigen Vergabe durch die Universitätsleitung jedenfalls nicht ohne Weiteres hergibt. Schon aus diesem Grund dürfte der Beschluss der Universität Flensburg rechtswidrig gewesen sein. Frau Professor Wende wollte sich einen Vorteil verschaffen, der ihr gesetzlich nicht zustand, und die Universität Flensburg hat einen Vorteil gewährt, wobei sie ihre rechtlichen Befugnisse bei Weitem überschritten hat.

In allen gesetzlichen Bestimmungen des Landes, sei es für Abgeordnete oder Minister oder Wahlbeamte, ist geregelt, dass nach einem Ausscheiden aus dem Amt ein **Rückkehrrecht** in das **ehemalige Dienstverhältnis** besteht. Dies gilt aber nur für Beschäftigte im **öffentlichen Dienst** des Landes Schleswig-Holstein, das gilt nicht für Manager, nicht für Banker und nicht für Selbstständige im privaten Bereich. Das gilt auch nicht für Professoren aus Rio, Hongkong, Tokio oder Groningen. Das gilt auch nicht - das möchte ich noch einmal sagen - für andere. Das ist so offensichtlich, dass ich mich frage, warum hierüber überhaupt ein Streit entbrennen konnte.

Und nun kommen wir zum zweiten Akt. Der Kanzler der Universität Flensburg verspürt rechtliche Bedenken, möchte ein **Rechtsgutachten** einholen. Sinnvollerweise hätte er auch die Hochschulabteilung des Ministeriums einschalten können - was er unverständlicherweise unterlässt.

Dem Präsidium der Universität Flensburg erklärt Frau Professor Wende, sie habe sich Rechtsrat von einem der renommiertesten deutschen Hochschullehrer in dieser Frage, Herrn Professor Löwer aus Bonn, eingeholt, der ihr bestätigt habe, dass ein entsprechendes Rückkehrrecht vereinbart werden könne.

Das unter dem 18. Mai 2012 erstellte Kurzgutachten wird nicht übermittelt, und der Kanzler lässt sich vor einigen Wochen öffentlich mit der Bemerkung vernehmen: Hätte er das Gutachten gelesen, wäre die Beschlussfassung jedenfalls so nicht getroffen worden.

Herr Ministerpräsident, was wäre eigentlich gewesen, wenn Frau Präsidentin Wende nach Ablauf ihrer Amtszeit nicht erneut gewählt worden wäre? Hätte sie dann so mit schlanker Hand eine Professur in Flensburg oder anderswo erhalten? Ist Ihnen nicht bewusst, dass unabhängig von strafrechtlichen Verantwortlichkeiten mit der Bagatellisierung dieses Vorgangs ein Fass aufgemacht wird, das wir an keiner anderen Stelle wieder schließen können?

Spätestens die Lektüre des schriftlichen Gutachtens von Herrn Professor Löwer vom 18. Mai 2012 hat doch Frau Professor Wende klarmachen müssen - sie ist doch kein Dummerchen -, dass sie kein Rückkehrrecht besitzt und dass sie jedenfalls Professor Löwer weder gegenüber der Uni Flensburg noch gegenüber dem Präsidenten dafür ins Feld führen darf, ihr Verhalten sei nicht nur legitim, sondern auch legal.

Herr Ministerpräsident, Sie haben am 14. Mai 2014 im Landtag erklärt - ich zitiere -:

„Frau Wende war sogar - das war nicht ihre Aufgabe - so klug und vorsichtig, sich, bevor sie mir 2012 gesagt hat, sie stehe zur Verfügung, rechtlichen Rat einzuholen. Sie hat einen der renommiertesten Hochschulwissenschaftler Deutschlands gefragt, ob die Aussage ihres Hochschulpräsidiums - an der sie nicht mitgewirkt hat - zutreffend sei. Herr Professor Löwer aus Bonn hat ihr bestätigt, dem sei so. Mehr kann jemand, der ... nicht Jurist ist, nicht tun.“

Und Sie haben weiter ausgeführt:

„Die Rechtsauffassung des MBW und die Rechtsauffassung nach einer kursorischen Prüfung der Personalabteilung meiner Staatskanzlei decken sich nicht mit der von Professor Löwer.“

Und ich kann Ihnen sagen: Herr Ministerpräsident, dies war und ist falsch. Die Rechtsauffassung des MBW und die Rechtsauffassung der Personalabteilung Ihrer Staatskanzlei decken sich sowohl mit den Rechtsausführungen des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages als auch mit der Auffassung von Professor Löwer. Denn der ist - wie er öffentlich bereits erklärt hat - von völlig falschen Voraussetzungen ausgegangen. Er fühlte sich sogar getäuscht. Denn bereits im Einleitungssatz seiner Stellungnahme vom 18. Mai 2012 schreibt Professor Löwer - und ich zitiere -:

„Ich gehe davon aus, dass Sie - entsprechend gewissermaßen gemeindeutschem Hochschulrecht - in dem Wahlamt der Präsidentin Beamtin auf Zeit sind und dass Ihnen Ihre Universität eine Stelle vorhält, auf die Sie zurückgreifen können, wenn Sie - aus welchen Gründen auch immer - Ihr Wahlamt verlieren.“

Und im letzten größeren Absatz des Schreibens heißt es:

(Wolfgang Kubicki)

„Also: nach dem Ruf in die Landesregierung treten Sie von Ihrem Wahlamt zurück; dadurch nehmen Sie zugleich die für Sie vorgehaltene Stelle als Hochschullehrerin ein. Mit Annahme des Ministeramtes ruhen die Rechte aus diesem Beamtenverhältnis; sie bleiben aber während der Dauer der Amtszeit erhalten. Nach Beendigung des Ministeramtes erklären Sie nach Ihrem Willen Ihre Rückkehrbereitschaft (oder wählen die kumulative Ruhegeldvariante). Die Universität ist in diesem Zusammenhang kein eigenständiger Mitspieler der ‚eigene Rechte‘ geltend machen konnte.“

Eindeutiger kann man es auch nicht für eine Professorin formulieren, die nicht Juristin ist.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn Sie eine Professur in Flensburg haben, dann kehren Sie nach Ausscheiden aus dem Amt als Bildungsministerin auch wieder auf diese Professur zurück. Wenn, dann - wenn nicht, dann nicht.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in der Landtagsitzung vom 14. Mai 2014 und später noch einmal im Bildungsausschuss des Landtages erklärt, Frau Professor Wende habe **an der Beschlussfassung „nicht mitgewirkt“**. Bereits am 16. Mai 2014 hat die Hochschulleitung in ihrem Brief an die Mitarbeiter der Universität Flensburg erklärt:

„Auf Wunsch der damaligen Präsidentin haben diese Absichtserklärung unterzeichnet: ...“

Und die Herren haben weiter ausgeführt:

„Der sehr ausgeprägte Wunsch nach der Ausfertigung der Absichtserklärung entsprang dem Bedürfnis nach beruflicher Absicherung und Unabhängigkeit der zukünftigen Ministerin.“

Und später:

„Wir gingen natürlich davon aus, dass wir rechtens handelten und im unwahrscheinlichen Fall einer Realisierung die Absichtserklärung getragen hätte. Darin wurden wir bestärkt durch den von Prof. Dr. Waltraud Wende kommunizierten Verweis auf die Rechtsauskunft eines ausgewiesenen Bonner Verwaltungsjuristen.“

Und Sie sagen, Frau Wende habe nicht mitgewirkt? Sie hatte den Wunsch, sie hat Formulierungsvorschläge unterbreitet, ja, sie hat sich sogar über die Ausfertigung des Beschlusses Gedanken gemacht.

Sie hat erklärt, wer alles unterzeichnen soll, und sie hat das Präsidium und den Senatsvorsitzenden hinter die Fichte geführt.

Herr Ministerpräsident, Sie wissen als Jurist, dass der Empfängerhorizont maßgeblich ist. „Nicht mitwirken“ heißt, nicht beteiligt sein. Und Sie können sich auch nicht damit herausreden, Frau Kollegin von Kalben, Sie hätten eigentlich gemeint, sie habe an dem Beschluss nicht mitgewirkt, beschlossen worden sei das ja von anderen.

Herr Ministerpräsident, wenn Ihre Regierung einen Gesetzentwurf in den Landtag einbringt, dann beschließt der Landtag über das Gesetz, nicht die Regierung. Trotzdem käme niemand auf die Idee zu sagen, die Regierung hätte in dem Prozess nicht mitgewirkt.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Erschleichen eines ungesetzlichen Vorteils, objektive Täuschung der Entscheidungsgremien, eine mögliche Dienstpflichtverletzung des Kanzlers der Universität im Hinblick auf die rechtliche Prüfung des möglicherweise berechtigten Wunsches der Präsidentin nach einer Anschlussverwendung: Was wollen Sie eigentlich noch mehr für einen Anfangsverdacht?

Für alle hier sollte der Grundsatz gelten und auch nach außen vertreten werden, dass vor dem Gesetz alle gleich sind und nicht einige gleicher.

Wir werden das Ergebnis der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Kiel und ihre Abschlussverfügung abwarten müssen, aber eines sollte auch den Nichtjuristen klar sein: Die Staatsanwaltschaft hat aufgrund der öffentlichen Berichterstattung von Amts wegen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet - von Amts wegen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet! - und dabei die Aussagen der beteiligten Personen und den öffentlich bekannt gewordenen Akteninhalt einer sehr sorgfältigen Prüfung unterzogen, weil klar ist, dass bei Personen des öffentlichen Lebens die Prangerwirkung eines Ermittlungsverfahrens ungleich größer ist als für Menschen, die nicht im Blick der Öffentlichkeit stehen.

Aber ich sage Ihnen: Wenn der Inhalt der beschlagnahmten Akten und die Vernehmung der Zeugen nichts gravierend anderes ergeben - und woher soll das kommen -, dann kann und wird die Staatsanwaltschaft jedenfalls am Ende ihrer Ermittlungen nicht zu dem Ergebnis kommen können, der Tatverdacht bestehe nun nicht mehr.

(Wolfgang Kubicki)

Deshalb, Herr Ministerpräsident, ist Ihre Aussage umso unverständlicher, Sie würden an Ministerin Wende auch dann festhalten, wenn Anklage erhoben würde, ein Gericht - wegen der Bedeutung der Sache wohl das Landgericht - die Anklage zulassen und das Hauptverfahren eröffnen würde. Sie würden erst reagieren, wenn eine rechtskräftige Entscheidung vorliege.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Haltung müsste dann immer und überall gelten, auch bei schwersten Dienstvergehen oder Straftaten für jede Beamtin oder jeden Beamten unseres Landes

(Beifall FDP und CDU)

- und natürlich auch für jede Straftat, ob Besitz von Kinderpornografie bei Lehrern, Betrug, Unterschlagung, Untreue oder Bestechung und Bestechlichkeit. Sie setzen Maßstäbe, die für alle in gleicher Weise gelten müssen. Und ich frage Sie: Wollen Sie das wirklich ernsthaft tun?

Sie hatten ja auch schon einmal eine andere Haltung, genauso wie der Kollege Dr. Stegner, als Sie bei der Causa Wulff im Zusammenhang mit der Aufnahme von Ermittlungen erklärten, Wulff zertrümmere die letzte Achtung der Bürger vor den Politikern, die Leute wendeten sich angewidert von jeder Art von Politik ab, und Sie erklärten wörtlich:

„Der Schaden, den Christian Wulff der Demokratie und der gesamten politischen Klasse zufügt, ist enorm. Das Amt des Bundespräsidenten wird nie wieder das sein, was es mal war.“

Und unser moralischer Tausendsassa in der deutschen Politik, Dr. Ralf Stegner,

(Lachen FDP und CDU)

erklärte zeitgleich:

„Jetzt ist der Rubikon überschritten, jetzt ist ein Rücktritt Christian Wulffs unvermeidlich ... Nun sollte Christian Wulff dem Land und sich einen letzten Dienst erweisen und zurücktreten.“

(Zuruf CDU: Ja, Unschuldsvormutung!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an die Äußerungen auch des Kollegen Dr. Stegner im Zusammenhang mit den Fällen Schavan, von und zu Guttenberg, Pofalla, von Kladden und anderen erinnern, in denen immer wieder Wert darauf gelegt worden ist, zwischen persönlicher Schuld und politischer Verantwortung zu unterscheiden. Ich weiß nicht, ob sich einige noch daran erinnern, dass er

sich darüber beschwert hat, dass die Universität Lübeck Frau Professor Dr. Schavan einen Ehrendoktorgrad verleihen wollte und das als unmoralisch tituliert hat.

Und auch das Verhalten der bayerischen SPD im Fall Haderthauer lässt je nicht den Eindruck zurück, die Sozialdemokraten - jedenfalls die schleswig-holsteinischen - würden ihren neu formulierten Maßstäben bundesweit Geltung verschaffen oder verschaffen können.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Ministerpräsident, der Fall Wende ist jetzt auch ein Fall Torsten Albig. Die Glaubwürdigkeit von Frau Professor Wende ist ruiniert - das könnte uns als Opposition eigentlich egal sein; im Gegenteil Herr Dr. Stegner: Sie können solange daran festhalten, wie Sie wollen. Die Menschen draußen diskutieren das in einer unglaublichen Breite. Ich bin sicher, das wird auch die entsprechenden Konsequenzen haben.

Aber wer sich so verhalten hat, und wer in der Öffentlichkeit als Ministerin erklärt - nicht als Waltraud Wende -, es werde sich herausstellen, dass schon die Annahme des Anfangsverdachts falsch war und sie deshalb gehalten sei, weiter für gerechte Bildungschancen in Schleswig-Holstein zu sorgen, der hat jede Achtung verspielt.

(Beifall FDP und CDU)

Sie sollten damit aufhören, durch unzutreffende Erklärungen den Sachverhalt verschleiern zu wollen. Und Sie sollten nicht glauben, dass durch martialische Auftritte mit erheblichen Angriffen auf die Oppositionsfractionen die Menschen in Schleswig-Holstein zu täuschen sind. Jemand, der sich einen ungesetzlichen Vorteil erschlichen hat, ist jedenfalls ungeachtet jeder strafrechtlichen Relevanz als Bildungsministerin nicht mehr tragbar.

Sie mögen glauben, die Empörung über diesen Vorgang werde sich legen. Sie haben es ja in einem NDR-Interview auch so ausgedrückt: Stünden wir unmittelbar vor Wahlen, Sie würden möglicherweise anders entscheiden, aber gewählt werde ja erst 2017.

Auch das ist eine bemerkenswerte Haltung. Aber glauben Sie nicht, dass bis zum Jahre 2017 alles vergessen sein wird. Die Sache wird Ihr Kabinett, die Sache wird das Parlament, die Sache wird die Öffentlichkeit noch über einen längeren Zeitraum beschäftigen, wenn Sie nicht jetzt im Interesse des Ansehens der Politik, im Interesse des Ansehens Ih-

(Wolfgang Kubicki)

rer Regierung, im Interesse des Ansehens des Landes Schleswig-Holstein die Reißleine ziehen.

Dass Frau Professor Dr. Wende die innere Kraft zur Einsicht fehlt, ist ein persönliches Problem. Dass Sie Frau Professor Wende sehr wertschätzen und möglicherweise auch ein Stück Mitverantwortung fühlen, ehrt Sie. Das darf Sie aber nicht am Handeln hindern. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Torge Schmidt, das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir stehen hier heute auf Antrag von CDU und FDP. Die Verantwortung dafür liegt aber klar nicht bei der Opposition. Die Verantwortung dafür liegt beim Ministerpräsidenten. Wir PIRATEN unterstützen den vorgelegten Antrag von CDU und FDP nicht. Unser eigener Antrag mag auf den ersten Blick ähnlich erscheinen. Das ist er auch, aber die feinen Grautöne sind wichtig. Wir sind uns bewusst, dass diese Grautöne von vielen nicht mehr wahrgenommen wurden und werden, und hier nehmen wir uns selbst nicht aus.

Diese 24. Sitzung des Landtages, diese Sondersitzung, findet im Stadium eines laufenden juristischen Prozesses statt, in den sich jede Einmischung vonseiten der Politik verbietet.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum möchte ich an dieser Stelle für meine Fraktion zwei Dinge festhalten: Erstens. Wir sind zufrieden damit, dass die Anhaltspunkte, die nicht zuletzt das Verfahren zur **Akteneinsicht** rund um die **Rückkehroptionen** der amtierenden Wissenschaftsministerin erbracht haben, genau jetzt durch die Staatsanwaltschaft untersucht und ausgewertet werden. Bis dahin haben alle im Landtag als Opposition bezeichneten Fraktionen gut zusammengearbeitet und den ihnen zugewiesenen Auftrag sauber erfüllt. Sie haben die Regierung kontrolliert. Ich zitiere gern einen Freund aus den Reihen der Sozialdemokraten: „Opposition muss wehtun.“ Das hat Sigmar Gabriel gesagt, und er hat recht damit.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Freund?)

Während die Regierung an dieser Stelle keinen Grund zum Handeln sah, hat die Opposition diesen Handlungsbedarf geschlossen festgestellt. Das war für mich fast schmerzlich, denn ich habe nie die sachliche Nähe meiner Fraktion zu dieser Regierung verschwiegen. Hier aber wurde die Sachlichkeit verdrängt und durch persönliche Interessen überlagert. Darum wurden wir zur gemeinsamen Opposition, und ich wiederhole gern, was ich hier schon oft gesagt habe: Diese Regierung schmiedet Koalitionen gegen sich, die es natürlicherweise gar nicht gibt.

(Beifall PIRATEN)

Die Koalition aus den Oppositionsfraktionen hat gearbeitet und der Öffentlichkeit einen Faktenkatalog vorgelegt, der offenbar **Anlass zu staatsanwaltschaftlichem Handeln** war. Ich bleibe dabei: Das ist gut so. Zweitens halte ich für die PIRATEN fest: Die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft handelt, verpflichtet uns zu Zurückhaltung. Es gibt keinen Grund für eine politische Begleitung eines behördlichen Vorgehens, dem wir vertrauen und das wir abwarten wollen.

(Beifall PIRATEN)

Heute gibt es über diesen Sachstand hinaus keine neuen Fakten. Es gibt aber leider alte politische Zustände. Es gibt die alten politisch Handelnden und die alten politisch Verantwortlichen. Darauf zielen wir mit unserem Antrag ab. Wir wollen an die Grundsätze erinnern, die eigentlich obligatorisch sind, die wir aber in Teilen vergessen haben. Die PIRATEN fühlen sich hier in der Pflicht, weil wir zum einen wirklich einen neuen Politikstil wollen. Herr Dr. Stegner, das wollen Sie vielleicht nicht gern hören. Zum anderen sehen einige PIRATEN in Torsten Albig ihren Ministerpräsidenten, den sie mit gewählt haben und für dessen Auftreten und Handeln sie sich jetzt schämen.

In vielen Beiträgen zur Berichterstattung war auch von den Rechten der Bürgerin Wende die Rede. Diese Rechte sind uns PIRATEN mehr als wichtig. Sie gehören zu unserem Kodex, und wir werden jeder Strömung von Opposition und Regierung zum Trotz die **Unschuldsvermutung** hochhalten. Das tun wir, obwohl wir viele Fakten bereits kennen. Wir tun dies, weil dies zu den Grundfesten unseres Rechtsstaats gehört und weil wir ohne das Vertrauen darauf nirgendwo Politik nach bestem Wissen und Gewissen machen können.

(Beifall PIRATEN)

(Torge Schmidt)

Politik nach bestem Wissen und Gewissen zu machen, heißt aber nicht, zu schweigen, wo offene Worte im politischen Raum gefordert sind. Das heißt nicht, Politik nach Gutsherrenart zu unterstützen. So hatte ich, der Bürger und Politiker Torge Schmidt, schon vor der Sommerpause völlig unabhängig von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft für mich persönlich entschieden, dass diese Bildungsministerin politisch erledigt ist. Ich habe das für mich übrigens nicht nur an der Frage der Rückkehroption festgemacht, sondern vornehmlich an den bildungspolitischen Erlebnissen, die wir ihr bis dahin zu verdanken hatten.

Wir haben den Verfall der **Dialogkultur** im Rahmen des **Schulgesetzes** erlebt. Bevor jetzt wieder jemand auf den Regierungsbänken aufjault, sage ich: Das waren Rückmeldungen der potenziell Betroffenen aus den Kreisen, die das so empfunden haben. Wir haben erlebt, wie ein **Schulgesetz** durchgepeitscht wurde, dessen negative Auswirkungen wir bereits heute spüren. Ich erinnere an die Experimentierklausel zum Erhalt kleiner Schulstandorte, zu der der Staatssekretär in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses eingestanden hatte, dass diese möglicherweise bei den Menschen Erwartungen geweckt habe, die so nicht zu erfüllen seien. Hier müsse jetzt mit einer entsprechenden Verordnung nachgearbeitet werden. Das ist an sich nicht schlimm. Es zeigt aber, wie handwerklich unsauber das Gesetz gestrickt ist.

Von Hinterhältigkeit war hier vonseiten der Betroffenen die Rede, wenn sie von der Bildungsministerin sprachen. Diese Ministerin hat ihre Ideologie rücksichtslos und respektlos durchgepeitscht. Das hatten wir PIRATEN tatsächlich anders erwartet. Wir hatten mehr echten Dialog und mehr sachlichen Austausch erwartet.

(Beifall PIRATEN)

Das Kuriose ist, dass wir inhaltlich oft ganz nah bei der Regierung sind. Leider hat es diese Regierung geschafft, diese Nähe durch die Querelen über diese eine Person immer wieder zu einer großen Entfernung zu machen. Sie haben sachliche Politik im Bereich der Bildung unmöglich gemacht.

(Beifall PIRATEN)

Bei uns PIRATEN herrscht eine große Unzufriedenheit, da wir gern wichtige und gute bildungspolitische Themen auf den Weg gebracht hätten und da wir uns gern in der Sache auseinandergesetzt hätten, dies aber nicht möglich war, weil sich mit Frau Wende immer wieder Streitigkeiten entwickelten, die auch der größte Sympathisant nicht hinneh-

men kann. Wir sind inzwischen so weit, dass inhaltliche Kritik zum Beispiel am Inklusionskonzept vom Kollegen Habersaat grundsätzlich als Ministerinnenschelte abgetan wird. Wir sind mithin so weit, dass **sachliche Kritik** nicht mehr wahrgenommen wird, weil sie von denen als politisch inkorrekt dargestellt wird, die Zweifel nicht aufkommen lassen dürfen, weil die Mehrheit in diesem Hause so knapp ist.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Zu den Themen Respektlosigkeit und schlechter Stil haben wir schon Debatten in diesem Haus geführt. Immer ging es auch um Frau Wende. Das Festhalten an ihr hat sich tatsächlich nicht nur als Belastung für die Regierung, sondern auch für die Opposition entwickelt, weil sachliche Auseinandersetzungen unmöglich gemacht wurden. Frau Wende hat das unmöglich gemacht. Herr Albig hat das mit seinen Beschimpfungen von kritischen Bürgern und der Opposition unmöglich gemacht, Herr Stegner macht das ständig, das ist nichts Neues, aber all das hat eine Dimension erreicht, die sprachlos macht. Wenn politisch unverdächtige Verhandlungsführer den SPD-Landesvorsitzenden in das Bild des linken Clowns setzen, dann spricht das Bände. Die neuerlichen Twitter-Attacken gegen zwei Oppositionsparteien dokumentieren, dass Herr Kühhirt wohl recht hat. Ich hatte gehofft, Ihr Anspruch sei ein anderer. Leider enttäuschen Sie diese Hoffnung immer wieder.

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Wenn diese Sondersitzung des Landtags an sich wenig Sinn in der Sache macht, so bietet sie zumindest allen die Chance, sich zu erklären: Herr Dr. Stegner darf erklären, warum jetzt alle Genossen ohne sachliche Begründung hinter der Bildungsministerin stehen müssen. Der Ministerpräsident darf erklären, warum er sich gegen jedes Verständnis in der Öffentlichkeit als politisch handlungsfähig erweist. Die Vorsitzenden von CDU und FDP haben die Chance zu erklären, welche neuen Erkenntnisse sie haben, die heute zu diskutieren sind.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Und die PIRATEN erklären uns die Welt!)

Kommen Sie alle her, machen Sie reinen Tisch. Erklären Sie der Öffentlichkeit Ihre Beweggründe. Zeigen Sie, dass Ihre rätselhafte Politik erklärbar ist.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

(Torge Schmidt)

Es ist schon fast absurd, dass sich die Partei- und Fraktionsspitzen in der letzten Woche zu einem Gespräch trafen, um über die Wahl- und Politikmüdigkeit der Menschen zu sprechen. Das grenzt an Real satire, denn das, was wir seit Monaten mit Frau Wende und Herrn Albig erleben, und auch das, was wir hier und heute an altem Sachstand auffinden, ist genau das, was Menschen frustriert, was ihr Misstrauen in Politik nährt und was die Menschen letztlich davon abhält, einen einzigen von uns voller Überzeugung mit Verantwortung zu betrauen.

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Wenn wir ehrlich sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann haben wir alle zusammen das Vertrauen auch nicht verdient; die Regierung nicht, weil sie das traurige Schauspiel einer endlosen „Parlanovella“ gibt und damit jede Sachdiskussion verhindert, die Opposition nicht, weil sie versucht, aus diesem Albtraum politisch Profit zu schlagen, und all diejenigen nicht, die um diese Problematik wissen und nicht versuchen, hier Einhalt zu gebieten. Damit meine ich nicht, dass man zu alledem keine Meinung haben darf. Im Gegenteil, diese Meinung bildet sich aus dem, was wir wissen, und aus dem, was wir lesen und hören.

Gleich zu Beginn des neuen Schuljahres rund um die glücklose Ministerin gab es viele Schlagzeilen zu lesen: „Ministerin im Zwielficht“, „Reihenweise Rücktrittsforderungen“, „Die Unbelehrbare“ und so weiter. Das alles sind Schlaglichter, die man politisch bewerten kann. Es ist nicht nur die Opposition, es ist vor allem die Öffentlichkeit, die sich von der Nibelungentreue abwendet. Wir alle hier sehen den Schaden für das Amt und das Land, für die Politik insgesamt nicht. Jeder Einzelne von uns nimmt Schaden, denn jeder von uns ist mitverantwortlich. Wir sind in einen Strudel von Misstrauen und schlechtem Stil geraten, aus dem wir uns nur selbst befreien können.

(Beifall PIRATEN - Zuruf SPD: Ja!)

Die Hinweise der Menschen sind in Gesprächen, Leserbriefen, Petitionen und Telefonaten vielfältig. Aus diesem Strudel freischwimmen müssen wir uns aber selbst. Viele Menschen vertrauen dieser Ministerin nicht. Man vermutet Vetternwirtschaft, Ämter-schacherei, unsaubere Verbindungen und Methoden. Man vermutet das bei dieser Regierung umso mehr, als dass sie immer einen neuen besseren Politikstil für sich reklamiert hat. Wer sich mit hohen Ansprüchen sehr weit aus dem Fenster lehnt, wird auch daran gemessen. Die Lex Weichert, eine Bür-

gerbeauftragte mit Parteibuch, der Streit um die Führung der Landeszentrale für politische Bildung und das Festhalten an einer Ministerin, die für viele zur Kristallisationsfigur von Politikverdrossen geworden ist, zeigen der Öffentlichkeit deutlich, wie weit es mit dem neuen besseren Politikstil her ist.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP)

Allein die Aussage von Herrn Albig gegenüber dem NDR, die vielleicht nicht so moralinsauer wäre, stünde in zwei Tagen die Wahl an, unterstreicht das. Das frustriert.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP)

Wer Politik aufrichtig ändern will, muss entsprechend handeln. Lippenbekenntnisse zählen hier längst nicht mehr. Wer sein Ministerpersonal nach einem sehr persönlichen Kriterienkatalog auswählt und dabei zwar sagt, dass Minister möglichst nicht nachgewiesen kriminell sein sollen, aber mit keinem einzigen Wort die fachliche Befähigung erwähnt, darf sich nicht wundern, wenn sich die Menschen beim nachgewiesenen Fehlen dieser Fachlichkeit vornehmlich auf die Persönlichkeit stürzen. Respektlos, beratungsresistent, unhöflich und auf jeden Fall den Fokus ganz auf sich selbst gerichtet, hat sich Frau Wende keine Freunde gemacht. Eltern und Schüler haben schon lange das **Vertrauen** verloren. Lehrerverbände sind fachlich enttäuscht und mögen ihr nicht mehr folgen. Die Hochschulen haben Zweifel. Schulleiter fühlen sich bevormundet. Die Öffentlichkeit hat Frau Wende schon lange abgeschrieben.

Nur der Ministerpräsident kämpft um Wende, wie wir lesen können. Persönliche Beweggründe, Sympathie oder Sonstiges, sollten den politisch wichtigsten Mann dieses Landes nicht lenken. Damit muss Herr Albig aber selbst klarkommen. Er, der nach eigenen Angaben die Akten zur Causa Wende so gut wie keiner sonst kennt, muss auch mit dem Vorwurf der Lüge klarkommen. Frau Wende muss mit dem Vorwurf zurechtkommen, möglicherweise eine Betrügerin zu sein. All das bewegt sich entweder im persönlichen, auf jeden Fall aber im juristischen Bereich. Aus den juristischen Belangen halte ich mich - wie gesagt - heraus. Dazu hat Ministerin Spoorendonk alles gesagt, was relevant ist.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Mein politisches Fazit zum Fall lautet: Das Land hat eine qualifizierte Persönlichkeit im Ministeramt verdient, der die Menschen trauen, der sie viel Per-

(Torge Schmidt)

sönlichkeit zutrauen, die mit den Menschen spricht, die Vorbild ist und viele Menschen zum Mitmachen bewegt, eine Persönlichkeit, die nicht mit ihrem persönlichen Handeln jede Sachdiskussion überdeckt oder gar verhindert. Dafür hat der Ministerpräsident zu sorgen. Er hat auch dafür zu sorgen, dass er selbst glaubwürdig und vertrauenswürdig ist. Er muss sich in den Dienst des Landes stellen. Er sollte - und das ist das Wichtigste - ehrlich mit sich und anderen sein. Wer sehr hohe moralische Ansprüche an andere stellt, muss diesen auch selbst gerecht werden. Ich werde immer zum Skeptiker, wenn sich jemand selbst zum moralischen Maßstab erklärt. Denn dies ist oft das letzte Argument.

Die PIRATEN haben selbst erlebt, wie schnell man der Versuchung erliegt. Ich gestehe aufrichtig ein, dass auch wir als Neulinge das eine oder andere besser machen wollten, genau an dieser Stelle aber Fehler gemacht haben. Wir haben die Kritik dazu angenommen. Das erwarten wir jetzt auch von anderen, die uns einen Spiegel vorgehalten haben, die uns zur Demut verpflichtet haben.

Werte Koalition, besinnen Sie sich auf ihren Koalitionsvertrag. Denn dort steht alles Wesentliche drin. Weil Sie das offenbar vergessen haben, legen wir es Ihnen heute noch einmal als Antrag vor.

(Beifall PIRATEN)

Albert Schweizer hat einmal formuliert:

„Nie dürfen wir abgestumpft werden. In der Wahrheit sind wir, wenn wir die Konflikte immer tiefer erleben. Das gute Gewissen ist eine Erfindung des Teufels.“

Seien wir also alle zusammen vorsichtig, uns zu den einzig Moralischen zu erhöhen. Seien wir vorsichtig, jedem den behelrenden Zeigefinger zu zeigen und die einzige Wahrheit für uns selbst zu reklamieren.

(Beate Raudies [SPD]: Genau!)

Darum appelliere ich noch einmal: Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Debatten wie diese in dieser Art und Weise in diesem Haus nicht stattfinden.

(Beifall PIRATEN)

Herr Albig, sorgen Sie dafür, dass Politik wieder möglich wird. Sorgen Sie für stabile Verhältnisse in diesem Land. Sorgen Sie für Vertrauen, damit ich mich weder als Politiker noch als Bürger Schmidt dafür schämen muss.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute einen Antrag zu beraten, der ein Sammelsurium an Vorwürfen und aus dem Zusammenhang gerissenen Teilzitate enthält. Es ist natürlich das tägliche Geschäft einer unproduktiven Opposition, hier in der Eskalationsstufe noch einmal nachzulegen. Man kann dann auch nicht bis zur nächsten Landtagssitzung in der nächsten Woche warten.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Es ist das gute Recht jeder Landtagsfraktion, eine Sondersitzung des Landtags zu beantragen. Allerdings ist das, was im Antrag von CDU und FDP zusammengeschrieben worden ist, recht dünn. Es geht hier hauptsächlich um Aussagen des Ministerpräsidenten in der Sitzung am 14. Mai dieses Jahres. Die wichtigsten Passagen aus der Rede des Ministerpräsidenten wurden aber von der Opposition bewusst nicht angesprochen, nämlich die Tatsache, dass es einen Regelfall gibt, der da heißt: War jemand im Landesdienst Professor oder später Präsident einer Hochschule, kann er oder sie nach einer eventuellen Ministerzeit automatisch wieder in das Professorenamt zurückkehren mit allen Rechten und Pflichten. Der Ministerpräsident hat damals gesagt, das ist der Regelfall.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wir müssen uns nun darüber Gedanken machen, ob es noch Regelungslücken gibt. Eine ist die Tatsache, dass man offensichtlich, ohne vorher Professor gewesen zu sein, noch kein **Rückkehrrecht in ein Professorenamt** hat - so wie bei Frau Wende. Einen anderen Fall hat der Kollege Kubicki selbst in der Debatte und auch gerade eben noch einmal angesprochen, nämlich dass man als Professor aus einem anderen Bundesland nach einer eventuellen Ministerzeit ebenfalls kein Anrecht hat, als Professor an seine alte Hochschule zurückzukehren.

Ich hatte ebenfalls auf eine Lücke hingewiesen, nämlich darauf, dass auch normale **Angestellte** im Gegensatz zu **Beamten** kein **Rückkehrrecht** in ihren alten Beruf haben. Das wären alles Fragestellungen zur rechtlichen Stellung von Ministern, die wir hier gern beraten könnten, die auch eine Rele-

(Lars Harms)

vanz haben. Allerdings sind die Fragestellungen teilweise kompliziert, und sie lassen sich in der Öffentlichkeit auch nicht so gut vermarkten, als dass es für die Opposition möglicherweise attraktiv wäre, hierüber zu reden. Deshalb geht die Opposition hier wohl einen anderen Weg. Statt sich mit den wirklich wichtigen und wirklich entstandenen Fragen auseinanderzusetzen, nutzt man eine **Regelungslücke**, die jetzt erst offenkundig wird, um eine völlig schräge Diskussion anzustoßen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eine Regelungslücke? Das ist doch Quatsch!)

Anstatt das wir hier als Parlament die Regelungslücken, die möglicherweise bestehen,

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

nun daraufhin bearbeiten, dass diese geschlossen werden und überall der Regelfall, den schon der Ministerpräsident in seiner Rede angesprochen hat, gilt, wird die lückenhafte Rechtslage für einen moralischen Frontalangriff auf die Ministerin genutzt.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist eine ganz bewusste Rechtslücke!)

Das ist ein Politikstil, wie wir ihn nicht brauchen können.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist klar, dass manch einer genau in diesen Bahnen denkt. Wer seinen Machiavelli gelesen und ihn womöglich verinnerlicht hat, der wird in Freund- und Feind-Kategorien denken und auch entsprechend handeln. Das mag dann jeder von sich weisen, aber die Wirklichkeit zeigt immer wieder, dass mancher eben doch genau so denkt und genau so handelt. Genau darauf hat der Ministerpräsident gegenüber seiner Ministerin hingewiesen. Dies hat er dann auch in der Sitzung am 14. Mai 2014 beschrieben. In den Formulierungen, die der Ministerpräsident nutzte, finden sich mitnichten irgendwelche Vorwürfe gegen die Opposition.

(Lachen Christopher Vogt [FDP])

- Ich zitiere, lieber Kollege, aus der Rede des Ministerpräsidenten:

„Liebe Wara, dieses werden Menschen, die glauben, mit Schmutz zu werfen sei das eigentliche Ziel von Politik, nutzen.“

Da ist nicht von den Oppositionsfraktionen die Rede,

(Zurufe CDU und FDP)

sondern von einzelnen Menschen. Wenn Sie so wollen, zeigt dieses Zitat eben sehr genau, dass unser Verständnis von Oppositionspolitik genau ein anderes ist und wir solch mögliches Verhalten deshalb auch nur maximal einzelnen Menschen zutrauen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wer war denn eigentlich gemeint?)

Hierbei hat sich der Ministerpräsident sogar noch so ausgedrückt, dass man nicht zwingend überhaupt denken muss, dass dies unbedingt Menschen aus diesem Hohen Hause sein müssen. Kampagnefähig sind auch andere Menschen und andere Organisationen in unserem Haus.

(Lachen Christopher Vogt [FDP] - Johannes Callsen [CDU]: Waren die Demonstranten vor dem Haus damit gemeint?)

- Das Gleiche, lieber Kollege Callsen, gilt für das zweite im Antrag aufgeführte Halbzitat aus der Rede des Ministerpräsidenten. Er sagte in der Sitzung laut Redeprotokoll:

„Du bist geschützter, denn es wird welche geben, die gar nicht klein genug sein können, als dass sie versuchen, aus ihrer Kleinheit mit Schmutz zu werfen.“

Nun gut, dass sich CDU und FDP in ihrer Selbstwahrnehmung als Synonym zum Wort Kleinheit sehen, ist ihr Problem.

(Beifall SSW, Bernd Heinemann [SPD] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber auch hier ist wieder nur von „welchen“ die Rede und nicht von den Oppositionsparteien.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber es ist natürlich schon bezeichnend, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Selbstwahrnehmung von CDU und FDP gerade in diese Richtung geht und Sie sich anscheinend von diesen Zitaten direkt und ohne Einschränkung angesprochen fühlen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wen hat er denn sonst damit gemeint?)

Dafür mag es einen Grund geben, aber mir ist dieser natürlich nicht bekannt, ich nehme aber aufgrund des uns heute vorliegenden Antrags ausdrücklich zur Kenntnis, dass sich die Fraktionen von CDU und FDP angesprochen fühlen, wenn jemand zum Beispiel sagt: Dies werden Menschen,

(Lars Harms)

die glauben, mit Schmutz zu werfen, sei das eigentliche Ziel von Politik, nutzen.

Meine Wahrnehmung, liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, war bisher eine andere, aber Sie werden es sicherlich besser wissen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Diese Rede hat etwas Schmieriges an sich, Herr Kollege!)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Lars Harms [SSW]:

Nein, ich möchte meine Gedanken weiterführen.

(Zurufe)

Ich glaube, es ist an der Zeit, auch einmal ganz direkt über unseren Umgang miteinander zu sprechen. Je mehr immer wieder versucht wird, mit schon abgearbeiteten Vorwürfen weiter Politik zu machen, um dem jeweiligen politischen Konkurrenten etwas am Zeug zu flicken, desto mehr werden sich die Menschen von uns abwenden.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Wenn ich nun im Antrag von CDU und FDP lese, dass der Ministerpräsident das Parlament belogen haben soll, indem er gesagt hat, dass die damalige Präsidentin an einem Beschluss des Präsidiums nicht mitgewirkt hat, muss man sich auch das sehr genau ansehen, nämlich, was mit dem Wort „mitwirken“ überhaupt gemeint ist. Es bedeutet nicht, dass eine Präsidentin oder ein Präsidium nicht auch zur Vorbereitung von Beschlüssen eine Vorarbeit leisten.

(Christopher Vogt [FDP]: Man kann ja auch krank sein!)

Das bedeutet, dass eine Teilnahme an der endgültigen **Beschlussfassung** über diese Personalsache eben erfolgt - ähnlich wie das Wort auch im Arbeitsrecht und im Mitbestimmungsrecht gebraucht wird.

Wir können aber feststellen, dass die damalige Präsidentin eben gerade nicht teilgenommen hat. Somit hat der Ministerpräsident recht. Genau das - das ist das Wichtigste - hat der Ministerpräsident noch einmal ausführlich im Bildungsausschuss am 26. Mai 2014, also nach der Landtagssitzung, erklärt. Es kann also keinen Zweifel geben, was gemeint war.

Deshalb ist der Vorwurf der Lüge eben nicht zutreffend. Wenn es inzwischen so ist, dass auch spätere Erläuterungen ausgeblendet werden, um Show-Anträge zu stellen, kann ich das nur als ein Armutszeugnis für CDU und FDP werten. Es trägt jedenfalls nicht zu einer vernünftigen, von Respekt getragenen und offenen Zusammenarbeit in diesem Hohen Haus bei.

(Beifall SSW, SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das macht die Sache nur noch schlimmer!)

Was wir hier eigentlich vorliegen haben, ist relativ einfach. Wir haben Vorwürfe, die dann mit dem Hinweis garniert werden, wenn sich etwas an den Vorwürfen erhärten würde, würde man den Weg einer Klage gehen. Danach stellt man anscheinend fest, dass es für eine Klage nicht genügend Grundlagen gibt - sonst hätten wir wohl heute schon ein Klageverfahren, angestoßen von manch renommiertem Juristen -, und so hat man erst einmal etwas in den Raum gestellt. Zwar stellt dann die Landesregierung sämtliche ihr bekannten und vorhandenen Informationen zur Verfügung,

(Johannes Callsen [CDU]: Auf Antrag!)

aber trotzdem bleibt der Vorwurf erst einmal in der Öffentlichkeit. Dass dann eine Staatsanwaltschaft Untersuchungen anstellt, ist ein normaler Vorgang, und wir werden sehen, wie dieser ausgeht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das finde ich auch. Die Durchsuchungen von Staatskanzleien sind normale Vorgänge!)

In der Zwischenzeit aber nutzen CDU und FDP alle möglichen Gelegenheiten, um hier etwas zu skandalisieren. Aber eigentlich wollen Sie von CDU und FDP mit dieser heutigen Sitzung nur von einem ablenken, nämlich von der erfolgreichen Bildungspolitik dieser Koalition und seiner Bildungsministerin.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen CDU und FDP - Christopher Vogt [FDP]: Von der SSW-Klientelpolitik!)

Es ist schade, dass wir uns wieder nicht mit Ihnen über den richtigen Weg in der Bildungspolitik streiten können, weil Ihnen die inhaltlichen Argumente fehlen, es nervt Sie anscheinend kolossal, dass es eben keine flächendeckenden Proteste gegen unsere Schulpolitik gibt.

(Zurufe CDU: Nein!)

(Lars Harms)

Im Gegenteil: Überall, wo Sie hinkommen, hören Sie, dass es mehr Lehrer im System gibt als zu Ihrer Zeit, die Lehrerbildung jetzt endlich dem Schulsystem besser angepasst wird, die Lehrerbildung an den Hochschulen gestärkt und ausgebaut wird und wir uns um die Ausbildung in den MINT-Fächern kümmern. Es ärgert Sie anscheinend über alle Maßen, dass Sie das nicht hinkommen haben, und es ärgert Sie, dass die Leute im Land das, was wir tun, gut finden.

(Vereinzelter Beifall SPD - Oliver Kumbartzky [FDP]: In Schafstedt zum Beispiel!)

Nun kommen Sie mir nicht mit dem Spruch, das sei nur unsere Wahrnehmung. Nein, so ist das nicht. Andere unabhängige Medien sehen das genauso. So schreibt zum Beispiel „DIE WELT“ am 27. August 2014 - das ist ja noch nicht so lang her - zum Thema Lehrerbildung in Schleswig-Holstein - ich zitiere:

„Die Proteste dagegen sind ebenso überschaubar wie diejenigen gegen die grundsätzliche Abschaffung der Schulnoten in Schleswig-Holsteins Grundschulen und das Ende des nach Konfessionen getrennten Religionsunterrichts.“

Die Leute finden gut, was wir tun, und sie haben recht damit. Wir werden uns nun daranmachen, auch markant etwas für die Inklusion an unseren Schulen zu tun. Wir schaffen 314 Stellen, damit Inklusion besser gelingen kann. Das ist etwas, wovon die Menschen in unserem Land in Ihrer Regierungszeit nur träumen konnten.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden auch weiter an unseren Schwerpunkten Bildung, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit festhalten. Sie können gern weiter **Personaldebatten** führen, wenn Sie dazu Lust haben, wir werden uns aber um die wirklich wichtigen Dinge hier im Land kümmern. Wir sind gewählt worden, um etwas für das Land und seine Menschen zu tun, und nicht, um hier Schlammschlachten zu schlagen. Meine Damen und Herren von CDU und FDP und auch von den PIRATEN, Sie werden uns also nicht von der Arbeit abhalten können.

Sie diskutieren inzwischen nicht über die Probleme und Herausforderungen des Landes, sondern Sie stellen hier nur noch einen Showantrag. Das - mit Verlaub - ist mir eine Nummer zu klein. Diese Kleinheit steht Ihnen von CDU und FDP eigentlich auch nicht wirklich.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Das, was Sie hier heute aufführen, hilft dem Land nicht, hilft dem Ansehen der Politik nicht und hilft ganz sicher Ihnen auch nicht. Aber das soll nicht unsere Sorge sein. Wir von SPD, Grünen und SSW regieren dieses Land gut, und wir werden dieses Land auch weiter gut regieren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat Herr Ministerpräsident Torsten Albig.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vorwürfe der Opposition - in einen Antrag gegossen -, die wir heute zu diskutieren haben, sind in der Tat schwerwiegend. Es wird dem Ministerpräsidenten, es wird mir vorgeworfen, gelogen zu haben. Es wird mir vorgeworfen, die Opposition mit unflätigen Ausdrücken überzogen zu haben und Demonstrantinnen und Demonstranten missachtet zu haben. Es wird mir vorgeworfen, an einer Ministerin festzuhalten, die sich etwas hat zuschulden kommen lassen.

Die Wortbeiträge alle - gerade was den letzten Teil angeht - versuchen, genau das auch im öffentlichen Bild zu zementieren, dass es dort jemanden gibt, der sich etwas hat zuschulden kommen lassen. Sie zeichnen das Bild von Politik, für die andere Regeln gelten als für jeden anderen in unserer Gesellschaft. Sie zeichnen das Bild von Politik und von Politikerinnen und Politikern, bei denen es ausreicht - und das, was hier für Wara Wende gelten soll, wird irgendwann für jede und jeden von uns gelten -, etwas zu behaupten, bei denen es ausreicht, eine **Verdächtigung** zu haben, bei denen es ausreicht, ein Verfahren zu beginnen, das auch deswegen nach § 160 StPO begonnen wird, um **Entlastendes** zu finden, das gerade deswegen begonnen wird, weil sein Ende die Entlastung oder der Freispruch sein kann.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Deswegen beginnen Staatsanwaltschaften Verfahren. Sie beginnen mitnichten, um am Ende garantiert jemanden zu verurteilen, sondern sie beginnen, um rechtsstaatlich sicherzustellen, dass über denjenigen, auf dem ein Verdacht liegt, gesagt werden kann: Ja, der Verdacht war berechtigt; oder: Der Verdacht war unberechtigt.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was Sie tun, verändert **politische Kultur** dramatisch. Was Sie tun - auch in jedem Ihrer Beiträge -, beschreibt, dass für uns das nicht gilt, dass für uns, die wir Politik machen, für Sie alle

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

das nicht gilt, dass **Unschuldsvermutung** etwas ist, was es für uns nur in abgemilderter Form gibt, vielleicht in unserem zivilen Leben. Aber in unserem beruflichen, in unserem politischen Leben, atomisieren Sie unser Recht auf Unschuldsvermutung. Dieses weise ich zurück.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist ja unglaublich!)

Ich halte das für einen nicht akzeptablen Weg. Ich weise dieses zurück, weil wir, wenn wir das täten, alle in der Hand von anderen wären, die bestimmen könnten, wann unser Weg von Politik, wann unser Weg von Beruflichkeit beendet ist; nämlich in dem Moment, in dem irgendeiner etwas behauptet.

Das gilt für jede und jeden. Jeder und jede mag seine oder ihre Schlussfolgerung daraus ziehen. Ich selber muss gestehen: Meine Aussagen zu Herrn Wulff, auch kommend aus genau diesem Gefühl, vor einem Jahr denkend, für einen Bundespräsidenten gelte irgendwie etwas anderes, waren falsch.

(Zurufe)

Sie waren falsch vor dem Hintergrund dessen, was am Ende des Verfahrens herausgekommen ist. Lesen Sie das Urteil in einem Verfahren, das eröffnet wurde! Ich würde meine Äußerungen so nicht wiederholen, sie waren falsch, und es ärgert mich, sie so gemacht zu haben, noch so denkend, wie Sie heute anscheinend auch denken.

(Tobias Koch [CDU]: So etwas fällt einem auf die Füße!)

- Das mag sein, aber es zeichnet einen vielleicht aus, wenn man dazu kommt, dass es so ist, Herr Kollege. Bei mir ist das noch so, bei Ihnen vielleicht nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine Damen und Herren, mein politisches Leben ist von einer Erfahrung sehr geprägt. Gegen mich liefen eine Strafanzeige und ein Verfahren wegen Vorteilsnahme im Amt. Ich soll die Tat als Dezernent der Landeshauptstadt Kiel begangen haben, teilnehmend an einer Kieler-Woche-Fahrt bei ei-

nem Partnerunternehmen der Stadt, für das ich als Dezernent zuständig war. Es ist ein mehrjähriges Ermittlungsverfahren gegen mich geführt worden. Das ist nach § 153 StPO eingestellt worden. Sie konnten heute lesen, wie das in der Zeitung steht. In der Zeitung hieß es, das Verfahren sei wegen geringer Schuld eingestellt worden.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Genau das ist der Effekt von anderen Maßstäben für Politik. Das Verfahren ist nämlich nicht wegen geringer Schuld eingestellt worden, sondern weil die Staatsanwaltschaft aufgehört hat zu ermitteln. Wenn sie weiter ermittelt und etwas gefunden hätte, wäre es nach ihrer Auffassung maximal geringe Schuld gewesen. Erklären Sie das einmal mit den Maßstäben, die Sie heute an den Tag legen, den Menschen draußen! Die lesen: Der **Ministerpräsident** hatte eine geringe Schuld. Das hatte er nicht. Beschreiben wir das den Menschen draußen, bekommen wir das nach der Debatte noch hin, die Sie heute führen?

Ich hatte damals einen Arbeitgeber Bundesregierung, der gesagt hat: „Wir lassen dich deswegen nicht fallen. Du sagst, du warst es nicht, wir glauben dir. Du sagst, du warst es nicht, wir geben dir einen Rechtsanwalt, der dich schützt.“ Das hat mich sehr geprägt, dass man so miteinander umgeht. Die Aussage war: Wenn du Unrecht hast, wenn du verurteilt wirst, zahlst du uns den Rechtsanwalt.

Ich halte das für ein sehr akzeptables Verhalten einer Behörde gegenüber seinen Mitarbeitern. Ich werde mich immer, gegenüber jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter, egal auf welcher Ebene, wo ich überzeugt bin, dass mir ein Mitarbeiter gegenübersteht, der ehrlich zu mir ist und der nicht die Unwahrheit sagt, so verhalten, gegenüber jeder und jedem.

In diesem Sachverhalt habe ich nach einem intensiven Aktenstudium diesen Eindruck. Noch einmal: Ich habe als **Dienstvorgesetzter der Ministerin** die **Akten** intensiv geprüft, alle Akten, die uns vorliegen. Ich habe keinen Anlass zu glauben, dass es noch irgendwo andere Akten geben kann. Ich habe die Akten rechtlich geprüft. Das habe ich Ihnen im Ausschuss drei Stunden lang mitgeteilt. Wie können Sie erwarten, dass ich jetzt, wenn die Staatsanwaltschaft ermittelt, diese Mitteilung ändern oder sagen würde, jetzt sage ich dazu nichts mehr? Ich habe Ihnen im Ausschuss mitgeteilt, dass das Ergebnis meiner Prüfung ganz klar ist: Da ist nichts Vorwerfbares zu finden.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Glaube ich nicht!)

Es gibt viele rechtlich fehlerhafte Einschätzungen, ja. Herr Kubicki, Sie haben die genau beschrieben. Sie haben im Kern die Debatte der Ausschusssitzung, die drei Stunden gedauert hat und an der Sie nicht teilnehmen konnten, wiederholt. Hätten Sie daran teilgenommen, hätten Sie heute nicht so lange reden müssen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich finde es so toll, was Sie da sagen! Das kann jeder nachlesen!)

- Genau das haben wir dort drei Stunden lang diskutiert, Herr Kubicki.

Ich habe Ihnen auch in der Sitzung am 14. Mai 2014 mitgeteilt, dass ich das hochschulrechtlich nicht teile. Ich teile das nicht, was dort gesehen wurde. Es war falsch. Aber es waren **Irrtümer**, es war weder **disziplinarrechtlich** vorwerfbar, noch war es **strafrechtlich** vorwerfbar.

Das habe ich intensiv geprüft, und ich teile das mit. Das ist nicht nur mein Recht, sondern sogar meine Pflicht, das mitzuteilen. Was wäre ich für ein Vorgesetzter, wenn ich das nicht mitteilte!

(Christopher Vogt [FDP]: Dann brauchen Sie ja jetzt nicht so lange zu reden!)

Ich bitte um Respekt, dass ich entgegen meiner sonstigen Wortwahl jetzt etwas härter bin - es ist perfide, in einer solchen Sitzung hier und in Diskussionen, die Sie außen führen, zu unterstellen, ein **Ministerpräsident** nähme **Einfluss auf die Staatsanwaltschaft**. Dies ist perfide, weil Sie damit das Vertrauen der Menschen in die Funktionsweise unserer Justiz untergraben. Sie wissen, dass ich keine Chance habe, mich öffentlich dagegen zu wehren. Das ist perfide.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe FDP)

Die Staatsanwaltschaft wird sich ihr eigenes Bild machen. Die Staatsanwaltschaft wird wie wir alle Akten zur Kenntnis nehmen und alle Akten bewerten. Ich bin davon überzeugt, dass die Staatsanwaltschaft am Ende unsere, meine rechtliche Auffassung teilen wird. Das ist keine Einflussnahme, das ist die Beschreibung des Dienstvorgesetzten, der auch Behörde ist, zu diesem Sachverhalt nach einer intensiven Prüfung.

Noch einmal - das haben wir intensiv miteinander diskutiert -: Ja, das hochschulrechtliche Fehlinterpretieren von Ansprüchen ist etwas vollkommen

anderes, auch wenn Sie, lieber Herr Kubicki, versucht haben, das in einer disziplinarrechtlichen oder strafrechtlichen Würdigung zu vermengen.

Habe ich diesen Landtag belogen? - Nein, das habe ich nicht. Es ist schon überraschend, dass es Ihnen nicht einmal gelingt - das mag ein Versehen sein -, das Protokoll des Landtags in Ihrem Antrag richtig zu zitieren. Ich würde nicht so weit gehen - das liegt mir völlig fern - zu sagen, dass Sie das tun, um die Unwahrheit zu sagen. Ich würde einmal sagen, es war ein Flüchtigkeitsfehler.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich habe das gerade in meiner Rede zitiert!)

- Ja, aber Sie haben es in Ihrem Antrag nicht richtig zitiert, Herr Kubicki. Den hätten Sie ändern können. Der Antrag ist falsch. In Ihrem Antrag zitieren Sie falsch. Ich finde es grenzwertig, mit einem Antrag umzugehen, in dem es nicht einmal gelingt, die richtigen Worte zu äußern. Das mögen Sie für sich selber klarstellen.

Ich habe mich in der Sitzung zu der **Aussage eines Präsidiums** geäußert. Ich habe gar nichts zu dem geredet, was Sie in Ihrem Antrag insinuierten. Ich habe mich im Bildungsausschuss drei Stunden lang in der Tat intensiv dazu geäußert, dass die Frau Ministerin an der Beschlussfassung nicht mitgewirkt hat. Ich habe dort über drei Stunden auf viele Nachfragen auch aus diesen Reihen deutlich gemacht, dass damit gemeint ist, dass sie an der **formalen Beschlussfassung** nicht mitgewirkt hat,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Konnte sie auch nicht!)

und dass ich selbstverständlich nicht meine - Sie waren, glaube ich, dabei -, dass sie nicht Anlass gegeben hat für die Beschlussfassung. Sonst gäbe es die Beschlussfassung nicht. Was für ein törichter Vorwurf ist das denn, dass es die Beschlussfassung eines Präsidiums für ein Rückkehrrecht gibt, einfach einmal so aus dem Himmel, wenn die Ministerin nicht darauf hingewirkt hätte, bitte macht mir so etwas! Ja, das hat sie. Aber um in Ihren Worten zu bleiben, Herr Kubicki: Das waren keine „Dummerchen“, das war das Präsidium einer deutschen Universität, die autonom darüber entschieden hat. Das hat sie getan, und die Ministerin hat nicht mitgewirkt. Ich verwahre mich gegen den **Vorwurf der Lüge** in diesem Raum. Er ist nicht nur unparlamentarisch, er ist ungehörig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Auch bei dem zweiten Punkt - der Abgeordnete Harms hat das bereits dargestellt - lege ich Wert darauf, dass Sie bitte das, was ich sage, lesen und zur Kenntnis nehmen, und das, was Sie daraus lesen und interpretieren, für sich bewerten. Das sind schon zwei unterschiedliche Dinge. Dass es Menschen gibt, die sich so verhalten, dass Ihre Schlussfolgerung ist, dass Sie interpretieren, das seien Sie, mag so sein, und vielleicht liegt das aus Ihrer Sicht auch nahe, gesagt habe ich es nicht.

Wenn Sie politisch bewerten, was ich tue, sich selbst den Schuh anziehen, möglicherweise schon hier im Saal in ihn reinspringen, es mir vorwerfen, da bitte ich um etwas mehr **Präzision** in Ihren **Anträgen** und etwas mehr **Klarheit** in dem, was Sie mir vorwerfen. Ich habe das nicht gesagt, und ich lege Wert auf diese Feststellung. Was ich damit gemeint haben könnte, überlasse ich völlig Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine Damen und Herren, drittens werfen Sie mir vor, dass ich gegenüber **Demonstranten** ungebührlich bin. Auch nach längerem Nachdenken - der junge Mann, mit dem ich da diskutiert habe, sitzt oben auf der Tribüne - bleibe ich dabei, dass bei dem Teil der politischen Kundgebung - es gab einen Teil von politischer Kundgebung; er war vielleicht nicht ganz so groß, wie ich ihn in der aufgeregten Situation wahrgenommen habe, ich habe mir das noch einmal bei YouTube angeschaut - die Plakate und Äußerungen, die ich dazu gelesen und gehört habe, respektlos, dumm und töricht gewesen sind. Aber ich entschuldige mich an dieser Stelle auch bei den Menschen, die nicht hinter diesen Plakaten standen und die sich von mir offensichtlich mit angesprochen gefühlt haben. Sie waren nicht gemeint. Das war offensichtlich und erkennbar zu laut und zu hart.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU und FDP)

- Sehen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, das ist Ihr Problem: Bei dem, was Sie einem vorwerfen, geht es gar nicht darum, dass man sich mit dem Vorwurf auseinandersetzt. Wenn man sagt, einen Teil davon nimmt man sogar an, ist das in der gleichen Sekunde für Sie sogar peinlich.

(Zuruf Hartmut Hamerich [CDU])

Das ist die Art von Politik, für die Sie stehen. Wir stehen für eine andere Art von Politik, eine Politik, die nicht diejenigen in den Abgrund stößt, die an dessen Kante stehen, nur damit man nur ein

bisschen weiter weg davon steht. Sie machen das. Ich mache das nicht. Ich werde es in keiner Weise, niemals, tun. Sie können so viele Anträge stellen, wie Sie wollen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für einen Kurzbeitrag hat der Oppositionsführer, der Herr Abgeordnete Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, es gehört schon eine gehörige Portion Flucht aus der Realität dazu, um eine solche Rede zu halten.

(Beifall CDU und FDP)

Die Tatsache, dass Sie als **Ministerpräsident** von diesem Pult des Schleswig-Holsteinischen Landtags die auch von Bundesrichtern so empfundene **Intervention** in die **Staatsanwaltschaft** wiederholen, macht mich wirklich fassungslos.

(Beifall CDU und FDP)

Ihre Loyalität - Sie haben sie anhand Ihrer Mitarbeiter beschrieben - mag ehrenwert sein. Ich sage Ihnen aber auch sehr deutlich: Ihre erste **Loyalität** gehört dem Land Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU und FDP)

Daran sollten Sie sich erinnern.

Wir haben über die einzelnen Punkte bei Frau Wende schon gesprochen. Niemand bezweifelt - von mir aus - die Kompetenz von Frau Wende als Wissenschaftlerin. Es geht hier im Kern aber doch darum, ob sie als **Bildungsministerin**, als **Dienstvorgesetzte** für 22.000 Lehrer, als **Vorbild** für fast 400.000 Schülerinnen und Schüler in diesem Land, noch geeignet ist und die pädagogischen und die moralischen Ansprüche mitbringt, um dieses Amt - Frau von Kalben, Sie haben über Moral in der Politik gesprochen - moralisch vorbildlich auszuüben. Das ist die Kernfrage.

(Beifall CDU und FDP)

Diese Frage sollten sich alle Abgeordneten der Koalition stellen. Schließlich sind Sie alle mit entsprechenden Werten zur Landtagswahl angetreten.

Herr Albig, die **Demonstranten** - sie sind von der Koalition übrigens überhaupt nicht erwähnt wor-

(Johannes Callsen)

den, was ich bemerkenswert finde - auf die vier oder fünf zu reduzieren, die Sie gemeint haben könnten, die bestimmte Plakate hochgehalten haben, ist übel. Das nimmt auch die nicht aus, denen Sie am Ende unterstellt haben, sie hätten sich mit dem Gesetz überhaupt nicht befasst.

Sie definieren Ihre moralischen Ansprüche immer tagesaktuell, so wie es Ihnen gerade gefällt.

(Beifall CDU und FPD)

Sie haben das Beispiel Wulff genannt. Ich könnte andere nennen. Sie stellen Ihre **Argumentation** auch ständig auf eine **neue Basis**, um Ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Erst war es eine Regelungslücke. Dann hieß es, Frau Wende habe sich fachlichen Rat geholt. Dann war es plötzlich keine Regelungslücke, sondern der Normalfall aus dem Ministergesetz. Zuletzt war es das Gutachten von Löwer, das für die ganze Sache sowieso unerheblich war. Sie bauen sich Ihre rechtlichen Bewertung immer so, wie es Ihnen gerade hilft. Auch das ist schlichtweg unglaublich, Herr Albig.

(Beifall CDU und FDP)

Lassen Sie mich noch zu einem weiteren und ganz zentralen Punkt kommen, nämlich zu der Frage, ob Frau Wende an diesem rechtswidrigen Beschluss der Uni Flensburg, der sie begünstigt hat, mitgewirkt hat. Sie hat im Bildungsausschuss erklärt - ich zitiere -:

„Ich habe am Ende einer Präsidiumssitzung, als es zum Tagesordnungspunkt Verschiedenes kam ... gesagt, im Übrigen habe ich mittlerweile einen Brief erhalten von Herrn Löwer, der sagt, es ist viel einfacher, als wir uns das ursprünglich vorgestellt haben. Das war das Kommunizieren. Ich habe nicht sozusagen den Brief in Kopie abgegeben, sondern habe gesagt: Auch Herr Löwer hat gesagt, das geht alles, was wir hier versuchen zu bauen.“

Ich stelle dazu fest: Frau Wende hat das **Gutachten** nicht schriftlich vorgelegt. Frau Wende hat Herrn **Löwer** falsche Voraussetzungen für die Erstellung seines Gutachtens geliefert. Die mündliche Information von Frau Wende an das Präsidium, es sei schon alles in Ordnung, war schlichtweg falsch. Damit fehlen schon die Voraussetzungen für das Fundament, wenn Frau Wende davon spricht, man müsse etwas bauen. Wenn sie davon spricht, man müsse etwas bauen, lässt das nur den Rückschluss zu, dass ihr bewusst war, es müsse etwas konstruiert werden.

Herr Albig hat dieser Darstellung im Bildungsausschuss nicht widersprochen, sondern ausdrücklich noch einmal gesagt - Seite 55 -:

„Aber das, was ich im Landtag gesagt habe, meine ich auch heute noch.“

Beide, Frau Wende und Herr Albig, behaupten, Frau Wende habe an dem Beschluss nicht mitgewirkt. Herr Albig sagt ausweislich Seite 54 des Protokolls, und das ist das Wichtige - ich zitiere -:

„Das rechtlich relevante Mitwirken in allen Gremienbeschlüssen ... findet in der Gremiensitzung statt.“

Dazu stelle ich fest: Frau Wende hat nicht nur in der Vorbereitung des **Beschlusses** über ihr **Rückkehrrecht** mitgewirkt, sondern rechtlich relevant auch, wie sie selbst sagt, während und in einer von ihr geleiteten offiziellen Sitzung des Präsidiums der Universität Flensburg,

(Zuruf SDP)

als sie dem Präsidium in der Sitzung eine falsche Information gab. Wenn es eine weitere Sitzung gegeben hat, in der möglicherweise ein Beschluss gefasst worden ist, wäre das Protokoll darüber sicherlich weiter aufhellend.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war wieder eine bemerkenswerte Rede des Herrn Ministerpräsidenten, die dem gleichen Schema wie immer folgt: Sprachverwirrung stiften, etwas in den Raum stellen, was so nie behauptet worden ist, Popanz aufbauen.

(Lachen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Ich komme gleich darauf zurück. Wir haben jetzt gerade gehört, Sie haben da draußen die **Plakate**, nicht die **Demonstranten** beschimpft. Das ist das erste Mal, dass ich höre, dass der **Ministerpräsident** draußen Plakate beschimpft. Sensationell. Darüber muss man einmal nachdenken. Die Menschen sehen das ja. Wir kriegen dauernd Rückmeldungen. Es gibt viele Menschen, die interessiert, was Sie hier machen.

(Wolfgang Kubicki)

Fangen wir einmal mit dem Begriff „Mitwirken“ an. Herr Ministerpräsident, Sie sollten doch wissen, dass Mitwirken nicht heißen kann: an der Beschlussfassung mitwirken, also den Beschluss mittragen, mitfallen.

(Ministerpräsident Torsten Albig: Das heißt es!)

- Das heißt es gerade nicht. Nein, das ist gesetzlich verboten. Wenn es um eigene Dinge geht, weiß jeder Kommunalvertreter, weiß jeder Mensch, der irgendwo sitzt, dass man an einer Beschlussfassung zu eigenen Gunsten gar nicht mitwirken darf.

(Ministerpräsident Torsten Albig: Eben!)

Aber nicht mitwirken heißt: nicht beteiligt sein. Es kommt auf dem Empfängerhorizont an.

(Beifall FDP und CDU)

Ich erkläre es Ihnen noch einmal. Wenn das anders wäre, könnten wir, wenn wir Gesetze beschließen, die durch die Regierung eingebracht werden, sagen: Sie haben an der Gesetzgebung nicht mitgewirkt. Diese Regierung kann nach Hause gehen, weil sie an der Gesetzgebung im Land Schleswig-Holstein nicht mitwirkt. Das wollen Sie den Menschen draußen wirklich erklären? Wie peinlich ist das!

Wir kommen zur nächsten **Sprachverwirrung**. Wir sind ja wirklich schon Einiges gewöhnt, was die Schmusereden des Kollegen Harms angeht. Aber Semantik zu betreiben mit einer Rede, die der Ministerpräsident am 14. Mai 2014 gehalten hat, und das auch noch falsch zu machen, erstaunt mich schon. Ich empfehle allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes Schleswig-Holstein die Rede des Ministerpräsidenten vom 14. Mai 2014 - sie ist ja öffentlich zugänglich -, Seite 4602 des Plenarprotokolls, nachzulesen. Dort beginnt der Ministerpräsident mit folgenden Worten:

„Ich glaube, im ‚Lehrbuch für schmutzige Politik‘ steht im Kapitel 1: Verzichte soweit es irgendwie geht, auf Sachdebatten, sondern versuche, den politischen Gegner in seiner Integrität zu verletzen. Versuche es mit allen Mitteln. Versuche es, indem du irgendein Thema aufnimmst, von dem du glaubst, dass die Menschen es sowieso von der Politik erwarten. Und dann wirst du sehen, irgendwas davon bleibt hängen. Dass hier ein Schauspiel ...“

Das hier - im Plenarsaal! - ist ein Schauspiel. Anschließend spricht er die **Oppositionsfraktionen** auch noch ausdrücklich an. Das, was Sie hier ma-

chen, ist das, was wir hier kritisieren. Damit meinen Sie nicht irgendwelche Menschen im Off oder die Zuschauer oben auf der Tribüne - möglicherweise sind das die bösen Menschen -, sondern die Leute, die hier im Plenarsaal die Debatte zu einem Thema führen, das Ihnen sichtlich nicht gefällt. Hören Sie mit der Verwirrung auf!

Herr Ministerpräsident, dass Sie sich heute hier wieder hinstellen und sagen, nach Ihrer ausführlichen **Aktenkenntnis** erklärten Sie als **Ministerpräsident**, strafrechtlich sei nichts dran, finde ich ungeheuerlich.

(Beifall FDP und CDU)

Denn dafür fehlt Ihnen die Kompetenz. Sie können sagen, dienstrechtlich sei da nichts dran. Für die strafrechtliche Bewertung fehlt Ihnen die Kompetenz. Diese Kompetenz hat die Staatsanwaltschaft, hat ein Gericht, haben nicht Sie. Daran müssen Sie sich gewöhnen.

Im Übrigen ist die Grundlage für die Ermittlung der Staatsanwaltschaft § 152 Strafprozessordnung und nicht § 160.

Das heißt nur, dass die Staatsanwaltschaft gehalten ist, während des laufenden Verfahrens auch zur Entlastung geeignete Beweise zu erheben. Aber wenn die Staatsanwaltschaft gemäß § 152 Absatz 2 StPO zureichende Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat hat, dann muss sie ermitteln - ob Sie das wollen oder nicht. Ich bin sicher, sie wird auch zu einem ordentlichen Ergebnis kommen. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Daniel Günther.

(Zuruf SPD: Oh, der Modernisierer! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Daraus spricht aber eine Menge Respekt vor ihm! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Jetzt kommt die Moderne! - Weitere Zurufe)

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie die Regierung nicht verteidigen, machen wir halt munter weiter.

(Vereinzelter Beifall CDU - Lachen SPD)

Ein Vorwurf, den Sie uns gemacht haben, trifft in der Tat zu. Ich finde die Regierungspolitik im Bil-

(Daniel Günther)

dungsbereich wirklich schlecht. Von daher geht es uns auch um die schlechte Bildungspolitik, die diese Landesregierung macht. Daran will ich keinen Zweifel lassen.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem Kollegen Harms bin ich wirklich sehr dankbar dafür, dass er uns sehr eindrücklich geschildert hat, dass es doch einen erheblichen Unterschied zwischen Menschen und Oppositionspolitikern gibt. Herr Harms, vielen Dank für Ihren Redebeitrag vorhin.

(Heiterkeit CDU - Christopher Vogt [FDP]:
Er war jahrelang in der Opposition, er weiß das!)

Wenn es noch Zweifel daran gegeben hat, ob der **Ministerpräsident** im Mai gelogen hat - die Kollegin Frau von Kalben hat das auch noch einmal hinterfragt und gesagt, das wäre schon ein scharfer Vorwurf; ich glaube, dass man bisher noch darüber streiten konnte -, seit dem Beitrag des Ministerpräsidenten heute wissen wir, dass er damals gelogen hat.

(Beifall CDU und FDP)

Damals konnte man noch sagen: Vielleicht kannte er die **Akten** nicht so genau. Aber er sagt doch, er sei der Schleswig-Holsteiner, der die Akten in diesem Fall am besten kennt.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er im Mai auch schon gesagt!)

Deshalb kannte er doch das, was der Kollege Kubicki eben alles faktensicher und fundiert dargestellt hat, diese ganze Chronologie.

Und Sie wissen doch ganz genau, dass Sie sich immer nur darum herumdrücken, ob sie an dem Beschluss mitgewirkt hat. Es hat nie eine Sitzung gegeben. Das geht aus allen dienstlichen Erklärungen hervor, das geht aus den Akten hervor. Es gab nie eine **Sitzung**, an der sie hätte mitwirken können. Nein, all das ist im **E-Mail-Verkehr** zwischen ihr und dem Präsidium miteinander abgestimmt gewesen. Sie kannte den letzten Entwurf. Alles nur per E-Mail! Nachher sind nur noch Unterschriften geleistet worden. Was gibt es noch mehr bei einem **Mitwirken an einem Beschluss** als das, was hier stattgefunden hat, Herr Ministerpräsident?

(Anhaltender Beifall CDU und FDP)

Reden Sie nicht immer von einem neuen Politikstil, den Sie ausprobieren wollen. Sie selbst haben im Fernsehen erklärt, Sie hielten nur an Frau Wende fest, weil die nächste Wahl so weit weg sei. Das haben Sie eindeutig so erklärt.

Das ist ja auch ein toller Politikstil, wenn Sie das nur davon abhängig machen! Es sollte Ihnen auch einmal ein Stückweit um Schleswig-Holstein gehen. Scheinbar ist Ihr drittes verflixtes Jahr angebrochen, jetzt haben Sie keine Lust mehr auf den Job, wissen aber nicht, wie Sie aus ihm rauskommen können und suchen im Moment mit dem, was Sie hier anrichten, ein Ausstiegsszenario.

(Lachen und Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und was macht denn diese Regierung? Was macht denn diese Regierung im Moment? Sie reden mit keinem. Frau Wende kommuniziert nur noch per E-Mail. Sie verschickt Ihre Pressemitteilungen auch nur noch so, geht in die Schulen und verteilt bei uns im Land Blümchen. Wo sind wir denn hier? Mich erinnert das manchmal an den 40. Geburtstag der DDR; Sie nehmen überhaupt nicht mehr wahr, was hier in diesem Land passiert.

(Beifall und Lachen CDU und FDP)

Ich bin ja froh, dass es noch die **Staatsanwaltschaft** gibt, denn da können Sie sich vor dem Dialog nicht drücken. Das ist die einzige Institution in unserem Bundesland, die im Moment noch einen **Dialog** mit der Landesregierung pflegen kann.

(Beifall CDU und FDP)

Dann sagen Sie auch noch allen Ernstes, das sei alles überhaupt kein Thema, das bausche die Opposition hier nur auf. Denn schließlich hätten Sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermuntert - ermuntert! -, doch kritische Fragen zu Ihrem **Rückkehrrecht** zu stellen, und keiner habe Ihnen eine Frage gestellt. - Was ist das für ein Amtsverständnis! Die sind Ihnen zur Loyalität verpflichtet.

Das gilt übrigens genauso für die Präsidiumsmitglieder. Auch bei denen sollten Sie einmal darüber nachdenken. Warum hat Ihnen wohl Herr Kupfer nicht in seiner E-Mail geschrieben: Nee, das ist alles zu kompliziert, Frau Wende, das geht nicht. P.S.: Ist mir doch wurscht, wo Sie demnächst Bildungspolitik machen!

So funktioniert das doch nicht. Das ist genau das, was Sie in dieser Zeit machen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter!

Daniel Günther [CDU]:

Ich komme zu meinem letzten Satz. - Ich frage mich wirklich, gerade mit Blick auf die Grünen: Wie lange wollen Sie sich dieses Drama eigentlich noch angucken, diesen Schaden, der für Schleswig-Holstein entsteht?

(Anhaltender Beifall CDU, FDP und Angelika Beer [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Heike Franzen.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bei dem, was wir heute hier bereden, sollten wir uns Gedanken machen, inwiefern wir politisches Handeln und Handlungsfähigkeit vor dem Hintergrund von **staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen** sehen. Inwiefern schränken diese Ermittlungen die **Handlungsfähigkeit dieser Bildungsministerin** ein? Frau Ministerin, es ist gerade in vielen Reden deutlich geworden, dass Ihre Handlungsfähigkeit massiv eingeschränkt ist. Sie sind nicht mehr in der Lage, Ihre politischen Botschaften, Ihre Handlungen, zu erklären. Das geht nur noch per Presseerklärungen. Bei Besuchen in den Schulen werden Teile der Presse ausgeschlossen, die nicht berichten dürfen.

(Zurufe SPD)

Bei Demonstrationen verstecken Sie sich hinter dem Ministerpräsidenten und erklären Ihre Politik nicht mehr persönlich.

Meine Damen und Herren, das ist ein großes Zeichen von **politischer Hilflosigkeit**. Wenn Sie in die Schulen gehen, dann wird über die Bildungsministerin gewitzelt. Ihre Sonnenblumenaktion wird als ausgesprochen schwierig empfunden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was haben Sie gegen Sonnenblumen?)

- Ich habe nichts gegen Sonnenblumen. Aber das finde ich ausgesprochen schwierig. Wenn man Menschen Sonnenblumen überreicht, die gern eine Verbeamtung hätten - und das ist ihnen versprochen worden -, und in diesem Jahr sind die Zeitverträge

um 25 % ausgeweitet worden, dann wird so etwas durchaus auch einmal als Hohn empfunden.

Frau Ministerin, ich appelliere an Sie: Die Schülervertretungen trauen Ihnen nicht mehr. Die Lehrerverbände stehen nicht mehr hinter Ihnen. Die Elternvertretungen empfinden Ihr Verbleiben im Amt als ausgesprochen schwierig. Sie haben Verantwortung für die Bildungspolitik hier im Land. Sie sind diejenige, die mit ihrem schwierigen Verhalten die politische Diskussion, die sachliche Diskussion hier in diesem Land überlagern. Sie haben es in der Hand. Ich wünsche mir, Sie würden diese Verantwortung für die Bildungspolitik, für die Schülerinnen und Schüler, für die Eltern und die Lehrkräfte in diesem Land fühlen und entsprechende Konsequenzen aus Ihrem Verhalten ziehen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich fordere die Bildungsministerin auf, dieser schwierigen Diskussion in diesem Land ein Ende zu machen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2236, abstimmen.

Gibt es dazu noch weiteren Klärungsbedarf, Herr Abgeordneter Schmidt? - Bitte.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Präsident, wir würden gern, wenn das geht, unseren Antrag zu einem selbstständigen Antrag erklären.

Präsident Klaus Schlie:

Selbstverständlich geht das. Das ist nach unserer Geschäftsordnung möglich. Damit wird der Antrag der Fraktion der PIRATEN in der Drucksache 18/2236 zu einem selbstständigen Antrag erklärt.

Ich lasse trotz alledem - - Herr Abgeordneter Kubicki erhält das Wort zur Geschäftsordnung.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich bitte darum, über den Antrag der PIRATEN abschnittsweise abzustimmen, und zwar die ersten beiden Abschnitte als ersten Abstimmungsstück und

(Wolfgang Kubicki)

die drei Punkte, die unten stehen, als zweiten Abstimmungsteil.

Präsident Klaus Schlie:

Gut, ich werde dann entsprechend abschnittsweise abstimmen, die beiden ersten Abschnitte zusammen als ersten und die Punktationen als zweiten Teil.

Ich rufe dann also zur Abstimmung in der Sache als eigenständigen Antrag den Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2203, auf. Ich lasse zunächst über die beiden ersten Absätze dieses Antrags abstimmen. Wer dem seine Zustimmung gehen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen?

(Einzelne Abgeordnete von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heben die Hand - Lachen CDU und FDP - Zurufe CDU: Das ist in Ordnung!)

Ich frage noch einmal: Wer ist gegen die beiden ersten Abschnitte

(Unruhe)

des Antrags der Fraktion der PIRATEN?

(Wortmeldung Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Wir befinden uns mitten in der Abstimmung, Herr Abgeordneter Dr. Stegner. Ich glaube, ich habe das Verfahren aufgrund der vorliegenden Geschäftsordnungsanträge für alle klar und deutlich erklärt.

Wir hatten die Zustimmung der Piratenfraktion für die beiden ersten Abschnitte. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP.

Nunmehr hat zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident, Sie haben uns mit Ihrer Schnelligkeit ein wenig überrascht. Herr Präsident, wir hätten beantragen wollen, dass über die Abschnitte 1 und 2 getrennt abgestimmt wird, weil wir dem ersten Abschnitt natürlich hätten zustimmen können. In der Verknüpfung mit dem zweiten Abschnitt konnten wir nicht zustimmen. Das möchte ich zu unserem Stimmverhalten erklären. Ich tue das, damit nicht gesagt werden kann, wir hätten etwas gegen politische Kultur, denn der erste Absatz ist mir zu beanstanden, der zweite Absatz sehr wohl. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Ich werde das Tempo meiner geschäftsordnungsmäßigen Führung der Sitzung gern Ihren Bedürfnissen anpassen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN, Beifall Martin Habersaat [SPD] und Lars Harms [SSW])

Ich lasse nunmehr über die restlichen Punkte des Antrags der PIRATEN, Drucksache 18/2236, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist auch dieser zweite Punkt abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 18/2203, abstimmen. Seitens der CDU-Fraktion ist Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt worden. Nach § 63 Absatz 2 Satz 1 unserer Geschäftsordnung muss eine namentliche Abstimmung stattfinden, wenn sie von 18 Abgeordneten oder von zwei Fraktionen verlangt wird. Das ist hier der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Sie wissen: Wer dem Antrag Drucksache 18/2203 zustimmen will, erklärt dies in der namentlichen Abstimmung mit Ja. Ich bitte die Geschäftsführer, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Dem Antrag Drucksache 18/2203 haben 27 Abgeordnete zugestimmt, 41 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, der Vorsitzende des Finanzausschusses hat mich gebeten, Ihnen mitzuteilen, dass der Finanzausschuss seine Sitzung um 12:30 Uhr beginnt. Der Beginn der nächsten Tagung, der 25. Tagung des Landtags, ist am 10. September um 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12:08 Uhr

Anlage

Namentliche Abstimmung
66. Sitzung am 4. September 2014
**Missbilligung des Verhaltens des Ministerpräsidenten und Aufforderung zur Entlassung
von Ministerin Wende**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 18/2203
(Seite **5436** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Ja	Lars Winter	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja		
Johannes Callsen	Ja	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Astrid Damerow	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Ja	Anke Erdmann	Nein
Hauke Göttisch	Abwesend	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Ja	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Ja	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Ja	Dr. Andreas Tietze	Nein
Peter Lehnert	Ja	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	Ja		
Hans Hinrich Neve	Ja	FDP	
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Ja	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Heiner Rickers	Ja	Wolfgang Kubicki	Ja
Klaus Schlie	Ja	Oliver Kumbartzky	Ja
Peter Sönnichsen	Ja	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Ja		
SPD		PIRATEN	
Torsten Albig	Nein	Angelika Beer	Nein
Wolfgang Baasch	Nein	Dr. Patrick Breyer	Nein
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Nein
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	Nein
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbeck	Nein
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Nein
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	SSW	
Simone Lange	Nein	Lars Harms	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Flemming Meyer	Nein
Birte Pauls	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Beate Raudies	Nein		
Sandra Redmann	Nein	Zusammenstellung:	
Thomas Rother	Nein	Abgegebene Stimmen	68
Olaf Schulze	Nein	davon	
Dr. Ralf Stegner	Nein	Jastimmen	27
Dr. Gitta Trauernicht	Nein	Neinstimmen	41
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	-